

**Dokumentation der
Jahrestagung 2010**



„Klassen und Subjekte – neue Bedingungen und Formen solidarischen Handelns in der Krise“ → Wie können die Gewerkschaften unter Krisenbedingungen zum solidarischen Handeln beitragen? Klassen und Subjekte → Subjektivierung der Arbeit

Begrüßung: Prof. Dr. Frieder O. Wolf

Die 2007 offen aufgebrochene Krisenkonstellation - ebenso wie ihre inzwischen erfolgreich durchgesetzte weitere Verschiebung in die Zukunft - haben noch einmal deutlich gemacht, dass die große und schwierige Frage, die im Hintergrund unserer Debatten steht, noch längst nicht befriedigend beantwortet ist: Was macht das Kapitalverhältnis als Herrschaftsverhältnis aus? Wie reproduziert es sich in immer neu veränderten Gestalten? Wie ist dem in der Durchsetzung der Gestaltungsansprüche einer Politik der Arbeit und auch ganz grundsätzlich: durch die Durchbrechung der beständigen Wiederkehr des Zyklus dieser Gestaltwandlungen zu begegnen?

Vielleicht ist in den letzten drei Jahren deutlich geworden, dass es nicht hilfreich ist, dieser Frage immer wieder auszuweichen – etwa indem statt über Herrschaft über Technologie diskutiert und damit unter Berufung auf die objektive Sachlichkeit der Herrschaftscharakter geaugnet wird oder der Fokus einseitig auf andere Herrschaftsverhältnisse gelegt wird – wie sie in der marxistischen Tradition zu Unrecht fast völlig vernachlässigt worden sind. Auch die Ablenkung von dieser Frage zur Diskussion der Kapitalismen, der unterschiedlichen historischen und geographischen Ausgestaltungen dieser Herrschaft in verschiedenen Gesellschaften hat nicht wirklich weiter geholfen.

Deswegen haben wir auf dieser Jahrestagung das Thema der Klasse(n) ins Zentrum gerückt. Im Rahmen der Tagespolitik der Arbeit, wie sie in den Betrieben und in den Gewerkschaften stattfindet, stehen hier zentrale Fragen an, die sich gleichsam zurückmelden, nachdem sie im postmodernen Karneval in Vergessenheit zu geraten drohten: Wie kann die beherrschte Klasse auf Dauer Solidarität herstellen – d.h. sich organisieren? Wir dürfen nicht vergessen, dass die Konkurrenz als eine Grundbestimmung der Lohnarbeit zu begreifen ist, um ihre historische Entfesselung im Neoliberalismus zu verstehen.

Und wir beginnen vielleicht zu sehen, mit welchen Formen der Solidarisierung dieser Entfesselung mit Aussicht auf Erfolg begegnet werden kann – angesichts eines Übergangs in eine neue Konstellation, der noch längst nicht entschieden und abgeschlossen ist.

Einführung von Dr. Helmut Martens¹:

„Klassen und Subjekte – Neue Bedingungen und Formen solidarischen Handelns in der Krise“ – Einführung in das Thema der Jahrestagung 2010 des FNPA

Die *Leitfrage* der Jahrestagung 2010 lautet: Wie können gewerkschaftliche Arbeits- und Organisationspolitik unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen zum solidarischen Handeln beitragen? Sie verweist auf Fragestellungen, die seit Beginn der Arbeit des FNPA 2002 in Auseinandersetzung mit dem „neoliberalen Einheitsdenken“ der Zeit wichtig waren, aber sie greift sie unter den heutigen Bedingungen einer großen ökonomischen Krise auf. Eine Entwicklung, in der sich zugleich vielfältige Krisenentwicklungen (u. a. in Ökologie, Politik) überlagern; und sie fragt nach Klassen und Subjekten als Trägern solidarischen Handelns und rückt erstmals auch die Gewerkschaften selbst in konzeptioneller Hinsicht stärker in das Zentrum der Überlegungen.

Kurzer Rückblick auf die Arbeit des FNPA:

Das FNPA hat 2005/6 mit den „Spandauer Thesen“ aus der Kritik des neoliberalen Katastrophenkurses heraus u.a. (1) die These eines „Epochenbruchs“ entwickelt, (2) die fortschreitende ökologische Krise und den stetigen Sozialabbau kritisiert, (3) gegen das falsche Freiheitsversprechen des Neoliberalismus eine erneuerte emanzipatorische Perspektive gefordert und dazu (4) ein neues Bündnis im Kampf für gute Arbeit und den Kampf um „das Ganze der Arbeit“ im Blick auf (5) die „Vision einer neuen Gesellschaftsverfassung der sozialen Fairness und der Nachhaltigkeit“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken versucht.

Dabei wurde die Arbeit des Forums (6) selbst als Teilschritt zur Herstellung neuer „strategischer Wissensallianzen“ verstanden.

Das alles war zwar offenbar richtig, aber bei der wohl begründeten Kritik des „neoliberalen Katastrophenkurses“ wurde zwar dessen Krisenträchtigkeit betont, aber es wurde doch nicht damit gerechnet, dass seit dem Herbst 2008 derart massiv die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise 1929ff in Erinnerung gerufen würden.

Wir haben es mit einer „großen Krise“ zu tun – und auch wenn die deutsche Börse angesichts

¹ Die Thesen, auf die in der thematischen Einführung Bezug genommen wurde, sind auf der Website des FNPA zu finden

eines unverhofften Anziehens der deutschen Konjunktur in diesem Sommer gleich wieder in „Partylaune“ war (so Professor Sinn in der SZ). Dennoch ist es sehr zweifelhaft, dass die „Lampedusastrategie“ des „alles muss sich ändern, damit alles so bleibt wie es ist“ der herrschenden Politik erfolgreich ist, und dass das exportorientierte Modell der deutschen Wirtschaft zu Lasten unserer europäischen Nachbarn von neuem stabil fortgesetzt werden kann.

Sicher ist hingegen, dass ein Aufschwung bei der Masse der abhängig Beschäftigten wieder nicht ankommen wird, wie schon der Aufschwung des vergangenen Konjunkturzyklus und Umfragen und Analysen zeigen. Dies wird auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen. Die Spaltung unserer Gesellschaft wird sich also bei unveränderten Grundlinien der Politik absehbar fortsetzen. Auf einer anderen Tagung im Juni dieses Jahres hat *Klaus Dörre* sehr pointiert – und aus der Perspektive des Wissenschaftlers, der zu diesen Themen forschen will und dazu Forschungsförderung benötigt, - festgestellt:

- Wir erleben derzeit eine ökonomisch-ökologische Doppelkrise, die aus meiner Sicht um die politischen Krisenprozesse zu ergänzen ist.
- Das Modell Deutschland ist Vergangenheit, wenn $\frac{1}{4}$ der Beschäftigten dieses Landes inzwischen im Niedriglohnbereich arbeitet; und die Gewerkschaften sind nicht mehr intermediäre Organisationen.
- Sie werden daher in Zukunft entweder „Pressuregroups“ bestimmter Beschäftigtengruppen, v.a. abstiegsbedrohter Facharbeiter, oder aber Organisationen klassenspezifischer Strömungen.
- Sie werden allerdings – nach dem neoliberalen Gewerkschaftsbashing – in der Krise aktuell wieder mehr gebraucht, was ihren Führungsgruppen z. T. den Blick für diese Entwicklung verstellen mag.
- Forschung, die das im Unterschied dazu nüchtern sieht und auf Handlungsmöglichkeiten hin zu analysieren sucht, kann nicht unbedingt auf das Wohlwollen der Gewerkschaften rechnen.

Für die Debatten der Tagung sind *drei Ausgangsthesen* vorgeschlagen:

- (1) dass man den kapitalistischen Klassenantagonismus nur noch als „das Bewegende“ (Movens), den Antrieb eines Transformationsprozesses ohne vorgegebenes Ziel begreifen kann,
- (2) dass man verstehen muss, dass Arbeiterbewegung noch nie direktes Resultat der Lage der arbeitenden Klassen gewesen ist und

- (3) dass man die Konstituierung einer emanzipatorischen und transformatorischen sozialen Bewegung nur denken kann als eine Bewegung, die durch die Klassen, so wie sie in einer gegebenen sozialen Ordnung konstituiert worden sind, hindurchgehen muss.

Zum Hintergrund für die Themenstellung der Arbeitsgruppen:

Nach dem Ende des Beteiligungsbooms der 1990er Jahre im Zeichen der damaligen Japandiskussion haben die deutschen Gewerkschaften im vergangenen Konjunkturzyklus in vielfältiger Weise ***Beteiligungsansätze*** forciert- ***als Teil innovativer und eigensinniger arbeitspolitischer Handlungsansätze*** und als Hebel, um den „Turnaround“ in der Mitgliederentwicklung zu schaffen. Handlungsansätze wie „*Tarif aktiv*“ und „*besser statt billiger*“ oder „*gute Arbeit*“ stehen hierfür ebenso als Mobilisierungsansätze wie unterschiedliche Versuche, neue Organizing-Konzepte aus den angelsächsischen Ländern auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Gleichzeitig sind v. a. aus Konflikten um Betriebsschließungen heraus verschiedene beteiligungsintensive Formen von Standortkonflikten entstanden. Zwischen den Bemühungen um die Durchsetzung von „Besser-Strategien“ im Rahmen der IG Metall-Kampagne „besser statt billiger“ und solchen offenen, meist lang dauernden Konflikten gab es bisweilen fließende Übergänge. Der (wieder) zunehmende Bedeutungsgewinn von *Campaigning* und *Organizing* innerhalb verschiedener Einzelgewerkschaften (u.a. IG BAU, Ver.di, IGM) und die Initiierung und Unterstützung beteiligungsorientierter Handlungsansätze sind Reaktionen der deutschen Gewerkschaften darauf, dass ihre Durchsetzungsfähigkeit im Zuge des seit der Mitte der 1970er Jahre einsetzenden Epochenbruchs und des ökonomischen Strukturwandels ebenso deutlich zurück gegangen ist, wie die Zahl ihrer Mitglieder. In der Literatur ist von einer „Repräsentationskrise“ (Dörre 2008) oder einer „Passivitätskrise“ (Sennett 2006) die Rede. Seit rund zehn Jahren wächst der Stellenwert dieser bewegungsorientierten Instrumente in der Organisationspolitik und es liegen inzwischen zahlreiche Erfahrungen mit diesen ‚neuen‘ Politikformen in den Gewerkschaften vor. Was bislang jedoch weitgehend fehlt, sind systematische und übergreifende Reflektionen dieser Erfahrungen im Hinblick auf die Chancen für „neue Formen der Kombination von partizipativen und repräsentativen, von basisorientierten und institutionalisierten Ansätzen“ (Urban 2008) – und zwar sowohl dort, wo die Gewerkschaften immer noch über eine starke Organisationsmacht verfügen als auch dort, wo es ihnen darum gehen muss, bislang eher gewerkschaftsferne soziale Milieus neu zu erschließen.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen stellt sich die Frage, ob und wie in einer im Zeichen der Weltfinanz und -wirtschaftskrise tiefgreifend veränderten Lage eine Politik der Arbeit praktisch *neu* (sprich: offensiv statt defensiv) thematisiert werden, wie übergreifende solidarische Lösungsansätze gegen die dogmatisch markt- und konkurrenzorientierten Ansätze der Neoliberalen gestärkt werden können? Diese Fragestellung knüpft an die Kernthematik an, mit der das *Forum Neue Politik der Arbeit* 2002 sein Dialogprojekt zwischen Gewerkschaftern und gewerkschaftsnahen WissenschaftlerInnen sowie Akteuren neuer sozialer Bewegungen begonnen hat. Unter den aktuellen Bedingungen von offenkundiger Krise, aber auch immer noch behaupteter Hegemonie des neoliberalen Zukunftsentwurfs stellen sich diese Fragen neu und mit wachsender Dringlichkeit. Um Schutzschirme auch für die Realwirtschaft aufzuspannen und um Alternativen zum neoliberalen Entwicklungsmodell zu entfalten bedarf es der Beteiligung und Mobilisierung möglichst vieler Beschäftigter. Wo die herrschende Politik dabei versagt, den wirtschaftlichen Funktionseliten in der Finanzwirtschaft und bei den Global Players der Industrie neu orientierende Regeln und Rahmenbedingungen zu setzen und wo sie so Parteienverdrossenheit erzeugt, da bedarf es einer Neubelebung politischer Auseinandersetzungen und Debatten auch außerhalb der Parteien. Unter anderem geht es hier um das politische Mandat der Gewerkschaften und – gegen die neoliberale These, die Wirtschaft finde in der Wirtschaft statt – sehr grundsätzlich um das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie. In aktuellen gewerkschaftlichen Stellungnahmen wird hier oft für die berechnete Forderung nach einer Stärkung von Mitbestimmung unter dem Label der Wirtschaftsdemokratie geworben. Das ist – siehe die schriftlich vorliegenden vorläufigen Thesen – richtig und falsch zugleich: Unsere These ist, dass man nicht nur von den bestehenden, von weiterer Erosion bedrohten Institutionen her denken darf. Wenn es um das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie gehen soll, muss man heute – auch in einer privatrechtlich verfassten Wirtschaft – über eine „Wirtschaftsdemokratie von unten“ nachdenken, man muss sich u. a. mit den demokratietheoretischen Defiziten der älteren Ansätze auseinandersetzen und man wird zusammen mit der allfälligen Frage nach dem politischen Souverän auch die Frage nach geeigneten Formen der Beteiligung der Beschäftigten selbst stellen müssen – und dies nicht nur dort, wo es Formen institutionalisierter Mitbestimmung schon gibt, sondern auch in dem so massiv gewachsenen Niedriglohnbereich. Hier lautet die Frage, ob sich eine demokratische Gesellschaft wie die unsere leisten kann und will, dass in diesem rapide gewachsenen Beschäftigtenbereich für nahezu ¼ der abhängig Beschäftigten – zumeist mit qualifizierten Berufsabschlüssen - das

Management die Reduktion von Lohnkosten als systematische Strategie verfolgt, abweichende Interessen negiert und bekämpft und seine Beschäftigten in einer autoritären Anordnungskultur wie „billiges und williges Vieh“ behandelt - so I. Artus (2010), die in Frankreich und Deutschland viel zu diesem wachsenden Bereich unregulierter Arbeit geforscht hat.

Zusammenfassende Stichpunkte für die Tagung²:

1. Perspektiven und Subjekte der Veränderung:

- ◆ Klassenantagonismus: Movens (Antrieb) einer Transformation ohne vorgegebenes Ziel
- ◆ Arbeiterbewegung war nie direktes Resultat der Lage der arbeitenden Klassen
- ◆ Emanzipatorische Bewegungen müssen quer durch die Klassen hindurchgehen, die eine soziale Ordnung konstituiert
- ◆ Sie müssten heute TAMARA- („*There are many and realistic alternatives*“ = *es gibt viele realistische Alternativen*) Politik gegen TINA- Politik („*There is no alternative*“ = *es gibt keine Alternative*) setzen.
- ◆ Dazu muss das Verbindende der vielen Alternativen sichtbar gemacht werden
- ◆ Was sind realistische Ziele eines Kurswechsels?
- ◆ Wie verbindend sind Beteiligung und demokratische Freiheit aller – auch in der Wirtschaft?

2. Wie eng oder groß sind die Spielräume wirklich?

- ◆ Handlungsansätze aus dem letzten Konjunkturzyklus nutzen
- ◆ Also: Innovative und eigensinnige arbeitspolitische Handlungsansätze, Campaigning und Organizing, Neuansätze bei HQA etc.
- ◆ Es geht um Kombination von basisorientierten und institutionalisierten Ansätzen
- ◆ Es geht aber auch um Neubelebung des politischen Mandats der Gewerkschaften
- ◆ Wirtschaft und Demokratie ist sicherlich von neuem ein wichtiges Thema
- ◆ Man darf dabei nicht nur von den bestehenden Institutionen her denken
- ◆ Wirtschaftsdemokratie von unten als integrierende Forderung?

(die Thesen sind hier nur in Auszügen wiedergegeben und werden auf der website: www.forum-neue-politik-der-arbeit.de vollständig dokumentiert.)

² Der vollständige Foliensatz von Helmut Martens ist auf der website des FNPA dokumentiert: www.forum-neue-politik-der-arbeit.de

Vortrag von Prof. Dr. Klaus Dörre³:

„Jenseits intermediärer Interessenregulation? 24 Thesen zum Funktionswandel von Gewerkschaften und der Zukunft des sozialen Konflikts“ (die vollständige Fassung der Thesen ist auf der website: www.forum-neue-politik-der-arbeit.de dokumentiert)

1. Comeback der Gewerkschaften
2. Der Machtressourcenansatz
3. Krisenwirkungen: Wiederbelebter Korporatismus?
4. Strategic Choice für „Fraktal-Gewerkschaften“?

Seinem Vortrag stellte Klaus Dörre folgende Meldung voran:

◎ **IG Metall warnt vor geringeren Rüstungsausgaben**

Die IG Metall hat Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg vor einer massiven Kürzung des Rüstungsetats gewarnt. Mit den jetzt geplanten Einsparungen würden 30.000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichtet und die "militärische Luftfahrtindustrie kaputt gemacht", sagten EADS-Gesamtbetriebsratschef Thomas Pretzl und IG-Metall-Konzernbetreuer Bernhard Stiedl. Sie kündigten den Widerstand der Gewerkschaft an.

Verlierer der Finanz- und Wirtschaftskrise scheinen festzustehen: ‚Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen gehen zumindest in den kapitalistischen Zentren geschwächt aus der Krise hervor‘. So der Tenor unter namhaften Industrielle-Beziehungen-Forschern. Auf eine Revitalisierung der europäischen Gewerkschaften lässt sich nicht hoffen. Gewerkschaften trachten in zugespitzten Krisensituationen eher danach, Positionen mittels Verhandlungen und Mitsprache abzusichern, statt den offenen Konflikt mit den ökonomischen und politischen Eliten zu suchen. Denn ökonomische Krisen mit hoher Arbeitslosigkeit lassen die wichtigsten gewerkschaftlichen Machtressourcen – die Kontrolle über Arbeitsmärkte und Produktionsprozesse – erodieren. Gewerkschaftliche Führungsgruppen neigen dazu, vom Staat und den Kapitalverbänden Zugeständnisse einzutauschen, indem sie sich als Kooperative Krisenmanager bewähren. Die Gewerkschaften nutzen ihre noch vorhandene institutionelle Macht, um auf dem Wege von Verhandlungen, Konsultationen und korporativen Deals ihre eigene Positionierung zu verbessern oder zumindest zu erhalten. Gerade in Deutschland besitzen solche Gewerkschaftsstrategien eine lange Tradition⁴.

These eins: Vordergründig hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland für ein Comeback der Gewerkschaften gesorgt. Die Gewerkschaften werden von allen Seiten für ihr Krisenmanagement gelobt. Bei den politischen Eliten sind sie wieder gefragte Partner. Und bei den

³ Der vollständige Foliensatz zum Vortrag von Klaus Dörre ist ebenfalls auf der website des FNPA abrufbar.

⁴ Texte zwischen den ausgewählten Thesen aus der ppt-Präsentation von K. Dörre sind dem Text „Abschied von der intermediären Organisation? – Eine Problemskizze zum Funktionswandel von Gewerkschaften und der Zukunft des sozialen Konflikts“ K. Dörre, September 2010 entnommen.

bevorstehenden Tarifrunden können sie erstmals seit langer Zeit mit öffentlichem Rückenwind rechnen.

These zwei a: *Hinter dem vordergründigen Comeback verbirgt sich ein tiefgreifender Funktionswandel, der auch mit der veränderten Klassen- und Schichtstruktur der Gesellschaft zusammenhängt. Aufgrund ihrer geschwächten Organisationsmacht tendieren Gewerkschaften dazu, mehr und mehr die Partialinteressen von Beschäftigtengruppen zu vertreten, bei denen sie noch über Organisationsmacht verfügen. Dagegen fällt es ihnen zunehmend schwer Interessen „der Klasse“ oder „der Lohnabhängigen“ oder „der Gesellschaft“ zu vertreten.*

These zwei b: *Die Entwicklung hin zu stärker spezialisierten Interessenverbänden lässt sich zumindest in den kapitalistischen Metropolen nur schwer stoppen. Der alte Anspruch der Einheitsgewerkschaft, die Interessen „der“ Lohnabhängigen, gleich ob beschäftigt oder nicht, zu vertreten, lässt sich in den fragmentierten Arbeitsgesellschaften nachfordistischen Typs trotz der Herausbildung großer Konglomerat-Gewerkschaften kaum noch aufrecht erhalten.*

These drei: *Die etablierte Arbeitsbeziehungsforchung ist bislang nicht in der Lage, den gesellschaftlichen Funktionswandel von Gewerkschaften angemessen zu erfassen. Sie schwankt zwischen der Fortschreibung eines ausweglosen Krisenparadigmas und der – illusorischen – Hoffnung auf eine Wiederkehr des „guten Kapitalismus“. Das Konzept von Gewerkschaften als intermediären Organisationen trägt nicht mehr, es muss durch ein neues theoretisch-analytisches Konzept ersetzt werden.*

Das Konzept einer Gewerkschaft, die als intermediäre Organisation erfolgreich zwischen System- und Mitgliederinteressen vermittelt, hat unverhofft seine Aktualität und Tragfähigkeit bewiesen – so könnte man meinen.

Gibt es also doch begründete Hoffnung auf den 'guten Kapitalismus', auf Eigentümer und Manager, die gelernt haben, dass es vernünftiger ist, die Gewerkschaften ‚im Boot‘ zu haben und deren Mitglieder zumindest am Produktivitätsfortschritt zu beteiligen, statt weiter auf kurzfristigen Profit, auf Maximalrenditen, Niedriglöhne und Prekarisierung der Arbeit zu setzen?

Stehen wir vielleicht vor einer Weichenstellung in Richtung auf eine erneuerte soziale Marktwirtschaft, in welcher den Gewerkschaften wieder jener Platz in den wirtschaftlichen wie politischen Entscheidungszentren eingeräumt wird, den sie während der Blütezeit des sozialbürokratischen Kapitalismus innehatten?

Der aktuelle Krisenkorporatismus hat unübersehbare Bruchstellen, da die anstehenden Auseinandersetzungen um die anvisierten Haushaltskürzungen, die nun auf die Sanierung des maroden Finanzsystems folgen, offensichtlich werden. Das führt aber nicht automatisch dazu, dass der sogenannte Krisenkorporatismus sich genauso schnell verflüchtigt wie er gekommen ist. Es ist daher zu prüfen, ob der Begriff „Krisenkorporatismus“ tatsächlich tragfähig ist.

Hinter dem „Wandel“ verbergen sich Verschiebungen in den Tiefenstrukturen der kontinentaleuropäischen Kapitalismen, die die Bedeutung nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch des sozialen Konflikts insgesamt berühren. Derzeit erleben wir einen gesellschaftlichen Funktionswandel der Gewerkschaften, der eng mit strukturellen Veränderungen organisierter Kapital-Arbeits-Beziehungen und des sozialen (Klassen-) Konflikts insgesamt zusammenhängt.

Mit dem alten Konzept der Gewerkschaft als intermediärer Organisation lässt sich dieser Wandel nach unserer (Dörre) Auffassung nicht angemessen erfassen.

Der Machtressourcenansatz:

These vier: Der – noch in Entwicklung befindliche – Machtressourcen-Ansatz bietet die Möglichkeit, den gesellschaftlichen Funktionswandel von Gewerkschaften analytisch zu erfassen. Grundlegend sind vier Basisannahmen: (1) die Möglichkeit von Strategic Choice, (2) die Fokussierung auf unterschiedliche Machtquellen, (3) die Erosion von institutioneller Macht im Finanzmarktkapitalismus sowie (4) die Möglichkeit zur Erneuerung mittels Organizing und Stärkung von Bewegungselementen.

Krisenwirkungen: Wiederbelebter Korporatismus?

These zwölf: Der „Krisenkorporatismus“ ist eine Strategie des selektiven Klassenhandelns, weil er Spaltungslinien am Arbeitsmarkt und unter den Subalternen, die die finanzkapitalistische Landnahme erzeugt hat, nicht ernsthaft in Frage stellt. Korporative Einbindung bedeutet in der Konsequenz etwas völlig anderes. Die Beschäftigungssicherungspolitik, die die deutschen Gewerkschaften während der Krise betrieben haben, war eine Politik zugunsten – schrumpfender – Stammebelegschaften. Sie basierte auf exklusiver Solidarität. Wo Beschäftigungsrisiken von prekär Beschäftigten abgefedert wurden, droht die Spaltungen am Arbeitsmarkt noch zu verstärken.

Was vordergründig wie eine Wiederbelebung alter korporativer Politiken wirkt, besitzt in Gesellschaften mit tief gespaltenen Arbeitsmärkten und expandierender Prekarität eine völlig andere Bedeutung als in den prosperierenden Kapitalismen der Nachkriegsära. Hinzu kommt, dass die ökonomisch-ökologische Doppelkrise, die diese Gesellschaften gegenwärtig durchlaufen, eine grundlegende Neuorientierung auch der Gewerkschaftspolitik erfordert.

Was als wenigstens zeitweiliger Ausweg aus der ökonomischen Krise erscheinen mag – eine keynesianisch inspirierte Wachstumspolitik, wird zumindest in ihrer konventionellen Ausrichtung unweigerlich zur Verschärfung von Ressourcenknappheit, Energieverschwendung und damit zu einem Klimawandel und damit zu einer ökologischen Krise beitragen, die schon jetzt in manchen Weltregionen katastrophische Auswirkungen zeitigt.

These dreizehn: Künftig werden vor allem qualifizierte und teilweise managementnahe Dienstleitungen sowie prekäre Beschäftigungsformen zunehmen. In beiden Segmenten sind die

deutschen Gewerkschaften traditionell unterrepräsentiert. Gleiches gilt für die Beschäftigung von Frauen und Migranten, die ebenfalls weiter zunehmen wird. Bleiben Gegenmaßnahmen aus, werden diese Entwicklungen die gewerkschaftliche Repräsentationskrise weiter verschärfen. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel können nicht im Selbstlauf dafür sorgen, dass sich die Machtstellung von Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Gerade im Osten Deutschlands droht ein demografischer Teufelskreis mit weiteren Machtverlusten der Gewerkschaften.

These vierzehn: *Möglicherweise überschreitet die Repräsentationskrise der Gewerkschaften in wichtigen kontinentaleuropäischen Ländern jenen kritischen Punkt, an dem eine Repräsentation der Gesamtheit der Lohnabhängigen zur bloßen Fiktion wird. In Deutschland ist das zumindest in den neuen Ländern bereits der Fall. Vor dem Hintergrund einer tiefen Repräsentationskrise ist wahrscheinlich, dass der Funktionswandel von Gewerkschaften hin zu partikularen Interessenorganisationen weitergeht.*

These fünfzehn: *Neue Methoden und Organisationsformen (Organizing, Campaigning etc.), wie sie auch von den deutschen Gewerkschaften erprobt werden, geraten häufig zu technokratischen Rekrutierungsmaßnahmen, weil sie nicht in eine kohärente Erneuerungspolitik eingebettet sind. Ohne soziale und oppositionelle Bewegung in der Gesellschaft ist eine Erneuerung sowohl struktureller als auch organisationaler Machtressourcen unwahrscheinlich. Die von den Eliten geliehene Macht kann hingegen rasch zur Disposition gestellt werden.*

Die strategische Wahl von „Fraktal-Gewerkschaften“

These siebzehn: *In gewisser Weise sehen sich die deutschen Gewerkschaften mit einer Problematik konfrontiert, mit der sich Lohnabhängigenorganisationen in der (Semi-) Peripherie seit Langem auseinandersetzen müssen: Die subalternen Klassen sind derart fragmentiert, dass jeder Versuch, die daraus resultierende Heterogenität durch wenige zentrale Organisationen zu repräsentieren, unweigerlich Integrationsprobleme erzeugen muss. Anders als in den peripheren Kapitalismen sind die Lohnabhängigen deutlich in der Mehrheit, doch atypische und prekäre Beschäftigung breiten sich rasant aus. Im Unterschied zu früheren Phasen kapitalistischer Entwicklung kann die daraus resultierende Interessenheterogenität organisationspolitisch aber nicht mehr in einer kollektiven Aufstiegsperspektive relativiert werden. Stattdessen setzen sich mit der asymmetrischen Verfügung über Sozialeigentum Spaltungslinien durch, die der Bündnispolitik zwischen subalternen Klassen(faktionen) und ihren organisierten Repräsentanten eine strategische Bedeutung zuweisen, die sie in der fordistischen Ära so nicht hatte.*

These achtzehn: *Auch für fraktalisierte Gewerkschaften besteht die Möglichkeit einer strategischen Wahl. Der Weg hin zu entpolitisierten Vertretungen von Pressuregroups ist keineswegs unausweichlich vorgezeichnet. Entscheidend ist, wie sich der gesellschaftliche Funktionswandel von Gewerkschaften vollzieht. Es macht einen gravierenden Unterschied, ob eine exklusive Interessenpolitik für Mitglieder in noch halbwegs geschützten internen Arbeitsmärkten betrieben wird oder ob Gewerkschaften trotz selektiver Verankerung in spezifischen Beschäftigtengruppen in der*

Lage sind, sich inklusiv auf andere Interessengruppen – seien es nun prekär Beschäftigte, Langzeitarbeitslose oder die Repräsentanten von Reproduktionsinteressen – zu beziehen, ohne entsprechende Bündnispolitiken vorab mit einem Alleinvertretungsanspruch zu verbinden.

These neunzehn: *Auch Gewerkschaften, die sich bewusst sind, dass sie keine universelle Klassenrepräsentation zu leisten vermögen, können eine inklusive Politik entwickeln oder Strategien exklusiver Solidarität verfolgen. Sie können sich internationalistisch verhalten oder auf die Verteidigung partikularer Standortinteressen beschränken. Sie können sich für neue, schwach organisierte Gruppen öffnen oder auf die Verteidigung einer schrumpfenden Stammklientel beziehen. Und sie können sich ausschließlich auf den Betrieb und das Unternehmen beschränken oder offensiv in der politischen Arena agieren.*

These zwanzig: *Aktuell laufen die vermeintlich starken deutschen Gewerkschaften Gefahr, zu bloßen Vertretungen von Pressuregroups zu degenerieren, die im Bündnis mit Teilen der Wirtschaft und den jeweils favorisierten Fraktionen der politischen Klasse Partialinteressen von Mitgliedern wahrnehmen, die nur schwer mit – wie auch immer definierten – allgemeinen Interessen von abhängig Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Einklang zu bringen sind. Allerdings gibt es auch bedeutsame Gegentendenzen.*

These zweiundzwanzig: *In einer solchen Phase des Funktionswandels und der Selbstveränderung sind Gewerkschaften als noch immer höchst bedeutsame zivilgesellschaftliche Akteure im Grunde auf eine sozialwissenschaftliche Forschung angewiesen, die diese Transformation kritisch begleitet. Eine solche Forschung ist jedoch derzeit zumindest in Deutschland kaum vorhanden.*

These dreiundzwanzig: *Eine solche Forschung hätte z.B. die subjektiven Potentiale einer Revitalisierung von Gewerkschaften auszuloten. Das Arbeitsbewusstsein von Kerngruppen der Lohnabhängigen zeichnet sich gegenwärtig durch eine eigentümliche „Doppelstruktur“ aus, die sich auf die Formel „Gutes Unternehmen, schlechte Gesellschaft bringen lässt“. Bei vielen Arbeitern und Angestellten ist ein latenter Antikapitalismus vorhanden, der jedoch politisch heimatlos ist. In den deutschen Gewerkschaften findet er derzeit keinen Adressaten.*

These vierundzwanzig: *In unseren früheren Arbeiten haben wir den Funktionswandel von Gewerkschaften und sozialem Konflikt unterschätzt. Die Chance zu Strategic Choice besteht nur, wenn dieser schleichende Funktionswandel als eine mögliche und teilweise bereits faktische Realität mitreflektiert wird. Die Forschungen zu Arbeitsbeziehungen und sozialen (Klassen-)Konflikten müssen ihren Gegenstand ausweiten. Labour unrest, nicht normierte Konflikte, Unruhen in abgehängten Quartieren, Brot- und Butterkonflikten, die in gewaltsame Auseinandersetzungen münden, Jugendrevolten usw. müssen wieder in den Blick genommen werden. Gleiches gilt für die Streikintensität von Gewerkschaften.*

Schlussbemerkungen:

Zur Vermittlung zwischen den Interessen der Einzelgewerkschaften wird der DGB weiterhin dringend gebraucht!

Es muss ein neues analytisches Raster entwickelt werden, um die Strategien zum Umsteuern, zur Revitalisierung der Gewerkschaften entwickeln zu können. Organizing muss mit dem Ziel verbunden werden, die Organisationsmacht der Gewerkschaften zu stärken.

Gewerkschaften sollten wieder mehr zu ‚sozialen Bewegungen‘ werden, neue Bündnisse sind zu schließen⁵.

Die Hoffnung auf „institutionelle Macht“ reicht nicht, der Mangel an dieser institutionellen Macht sollte auch nicht als Hemmschuh vorgeschickt werden.

Podium zu den Inputs von Helmut Martens und Klaus Dörre:

Hans-Jürgen Urban, Olivier Höbel, Wolfgang Uellenberg, Annelie Buntenbach

(Moderation: Frieder O. Wolf)

H.-J. Urban:

- Dank an K. Dörre, zu 60-70% volle Zustimmung.
- Unterschieden werden muss zwischen „Links-Korporatismus“ und „Krisenkorporatismus“.
- Der „selektive Krisenkorporatismus“ ist eigentlich nicht neu. Josef Esser hat schon 1984 vom selektiven Korporatismus gesprochen. Also: was ist das besondere?
- Der selektive Krisenkorporatismus ist ein Bündnis verschiedener Akteure, die alle Legitimationsprobleme haben.
- „Krisenkorporatismus“ ist ein Bündnis der Loser!
- Das Politikmodell der gegenwärtigen Bundesregierung zeichnet sich dadurch aus, dass die Bundesregierung Bündnisse mit den Gewerkschaften sucht, weil sie sich diese nicht als Gegner leisten kann, die Bündnisse dienen der Akzeptanzbeschaffung von einschneidende Maßnahmen. Die herrschenden Eliten müssen neue Bündnis-Partner gewinnen, denn ihre Glaubwürdigkeit ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise stark angegriffen. In die Betriebe hinein wirken können sie nur zusammen mit ! den Gewerkschaften.
- Es ist als ein Riesenerfolg zu sehen, dass die Gewerkschaften in der Krise so viele Beschäftigte schützen konnte, auch wenn vieles nicht geglückt ist.
- Dennoch gibt es strategische Wahlmöglichkeiten für die Gewerkschaften.
- Es ist außerdem eine vierte Machtressource zu beachten: kommunikative Macht. --> Hegemonie-Theorie!

⁵ Zum Weiterlesen: Klaus Dörre Perspektiven der Mosaiklinken – Anforderungen an Crossover, zu finden auf der website des DGB ‚Gegenblende‘:

- Bereits seit 2004 gibt es einen „Strategie-Stau“ bei den Gewerkschaften, also lange vor der Krise schon; das ‚muddling through‘ wird geadelt.
- Metapher Schumpeters: „Reiter auf wildem Pferd, der so viel damit zu tun hat, im Sattel zu bleiben, dass er sich nicht ‚auch noch‘ darum kümmern kann, wohin das Pferd reitet“.

Aber wo ist überhaupt die Richtung nach vorne? Zwei Bedingungen sind zu beachten:

- Stärkere Mobilisierung der Basis, ohne die Illusion einer Mobilisierung in Permanenz zu hegen und
- die Regulierung des Arbeitsmarktes als zentrales gesamtpolitisches Thema (z. B. Hartz IV) gehört zum Kerngeschäft der Gewerkschaften: kein ‚Rückzug in die Betriebe‘!!
- Revitalisierung setzt Mobilisierung voraus, die aber geht nicht in Permanenz – und es gibt das Gewicht betrieblicher Bündnisse.
- Vergl. Richard Hyman, der fragt: ‚Warum profitieren die Gewerkschaften nicht von der Krise und verweist auf ein Paradoxon: Ja militanter die Aktionsformen, umso bescheidener die Machtentfaltung, umso defensiver die Forderungen und umgekehrt!‘ (z. B. ‚Boss-napping‘ mit eher alltäglichen Forderungen in Frankreich und institutionelles Aushandeln, das die verlängerte Kurzarbeiterregelung in Deutschland durchgesetzt hat.
- Neue Formen für das Wechselspiel von Militanz und institutioneller Absicherung sind gesucht. Dabei ist zu beachten, dass die Gewerkschaften nicht in jede ‚Falle‘ der neuen sozialen Bewegungen tappen, die zwar stark mobilisieren, aber ohne institutionelle Hebel fast nichts erreichen.
- Es ist keine wirklich linke Bewegung in Sicht, die strukturell auf die Krise hat reagieren könnte.
- Eine Revitalisierung der Gewerkschaften kommt ‚von unten‘ oder ‚von außen‘ oder sie kommt gar nicht!
- Betriebliche Bündnisse sind schwierig zu knacken, die prekarierten Leiharbeiter sind ein großer Angriff auf die gewerkschaftlichen Kerngeschäfte!
- Strategie-Fähigkeit der Gewerkschaften fehlt, es herrscht Ratlosigkeit trotz Mobilisierung – die Vorstellung von einer „Mobilisierung in Permanenz“ ist nicht tragfähig.

- Die Fraktalität, von der Klaus Dörre referierte, reicht ja bis zu den Einzelnen hin.
- Comeback der Gewerkschaften ist auch vielmals ‚Medien-Hype‘!
- Es sind viele Aufgaben zu bewältigen, Gewerkschaftsmitglieder sind erstmals 2010 bei der IG Metall stabil geblieben.
- Wichtig ist, die europäische Ebene mit zu bedenken, die darf man nicht ausblenden! Auch den Zusammenbruch der DDR kann man nicht ausblenden. Solidarität muss neu aufgebaut und neu begründet werden und neu organisiert werden. Viele alte Netzwerke funktionieren nicht mehr.
- Erörterung des Tarifabschlusses für Leiharbeit Stahl.
- Zustimmung: Wir haben ein massives Strategiedefizit (gehabt).
- Wichtig ist, insgesamt wieder stärker zu werden (auch im Osten), Inhalte je spezifisch für die Betriebe zu diskutieren, aber auch ‚Organizing‘ --> neu Betriebe erschließen (die z.B. auf der ‚grünen Wiese‘ im Osten aus dem Boden wachsen), Vertrauen bei Leiharbeitern erarbeiten (dazu gibt es eine Kampagne seit 6 Jahren); Kommunikation professionalisieren!

Wolfgang Uellenberg:

- Im Dienstleistungsbereich unterscheiden sich die Ausgangsbedingungen für einen wie immer zu formulierenden Korporatismus von denen der Industrie. Neben dem öffentlichen Sektor der korporative Strukturen aufweist und größeren Dienstleistungsunternehmen, die aus ehemaligen öffentlichen Unternehmen wie der Post entstanden sind, wächst ein Sektor kaum noch korporativ überhaupt regulierbarer Branchen heran. Dies bedeutet nicht, dass damit ver.di in diesen Bereichen eine korporatistische Strategie fährt, jedoch ebenso wie die Industriegewerkschaften auf eine „antagonistische Kooperation“ setzen.
- In weiten Teilen des Dienstleistungssektors können schon bei Unternehmen wie z. B. Schlecker, Lidl usw. auf Grund ihres Geschäftsmodells keine korporativen Strukturen entstehen. Sie setzen zunehmend auf prekäre Arbeitsverhältnisse und damit auf die Form ursprünglicher Akkumulation des Kapitals durch schlichte Ausbeutung.
- Insgesamt wächst im Dienstleistungssektor wächst der Anteil der prekär Beschäftigte. So werden die fast 7 Mio. Mini-JoblerInnen vor allem in Dienstleistungsbranchen beschäftigt. Zudem wächst die Zahl der Soloselbständigen in den Medien, den sozialen Dienstleistungen und auch in anderen wissensbasierten Dienstleistungen. Dies hat jedoch auch fatale Folgen für eine auf Mobilisierung und autonome Interessensvertretung setzende Strategie.
- Um die Prekarisierung im Dienstleistungssektor einzugrenzen konzentriert sich ver.di auf den gesetzlichen Mindestlohn und die Durchsetzung des Prinzips Equal Pay und Equal Treatment in der Leiharbeit. Dies verlangt Druck auf aber auch eine gewisse

Kooperation mit der Politik.

- Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse war eine wesentliche Strategie der damaligen Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010. Darum konnten die Gewerkschaften sich nur gegen diese Politik aussprechen. Der Korporatismus wurde nicht durch die Gewerkschaften sondern die Regierung Schröder beendet.
- Mit der Krise haben wir einen teilweisen Korporatismus, der jedoch von Seiten der Bundesregierung mit dem Kürzungspaket faktisch beendet wurde. Die Gewerkschaftliche Antwort darauf ist die Kampagne Gerech geht anders.
- Gewerkschaften sollten sich generell von ihrer Fixierung auf die Frage einer Korporativen Strategie lösen, da dies heute nicht mehr zeitgemäß ist, sondern sich auf eine eigenständige Strategie der gewerkschafts- wie gesellschaftspolitischen Interessensvertretung entlang der Leitbilder Guter Arbeit und eines sozial- ökologisch ausgerichteten Wachstumsmodells orientieren. Dabei müssen sie die unterschiedlichen Bedingungen in den Branchen und Unternehmen und die daraus sich ergebenden Unterschiede respektieren und im Dialog weiterentwickeln und dabei auch Konflikte über strategische Fragen austragen, anstatt sich krampfhaft voneinander abzugrenzen.

Annelie Buntenbach:

- Das Comeback der Gewerkschaften ist nicht stabil!
- Die gesellschaftliche Spaltung ist durch die Krise verstärkt worden. Deutschland hat den größten Niedriglohnbereich in Europa! Das schwächt auch die Gewerkschaften. Arbeitskämpfe werden schwieriger, auch durch die erzwungene Individualisierung. Das „Gegeneinander-Ausspielen“ muss verhindert werden.
- Es gibt noch keine übergreifende Erfolg versprechende Strategie! Der aktuelle Metall-Abschluss ist nicht auf andere Bereiche übertragbar.
- Neue Arbeitsverhältnisse über Leiharbeit sind verstärkt zu beobachten.
- Es kommt zu einem „Druck von unten“ wegen drohender Arbeitslosigkeit und Hartz-IV. Gerade Hartz-IV geht alle an!
- Die schlechte Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit lähmt die Interessenwahrnehmung im Betrieb, auch Facharbeiter müssen fürchten, nach spätestens einem Jahr bei Arbeitslosigkeit in die Bedürftigkeit durchgereicht zu werden und alles zu verlieren, was sie aufgebaut hatten.
- Dagegen muss öffentlicher Druck aufgebaut werden, außerdem muss eine gesellschaftliche Solidarisierung bei Streiks angestrebt werden, die über das unmittelbare gewerkschaftliche Lager hinausgeht. Bündnisse für faire Beschäftigung, wie z.B. in Kanada, sind hier ein Mittel zur Mobilisierung von Bündnispartnern und Öffentlichkeit.
- Mindestlohn muss durchgesetzt werden, Leiharbeit muss reguliert werden.
- Was kann der Kristallisationspunkt für eine breite Mobilisierung sein?
- Wie kommen wir zu Bündnissen für faire Beschäftigung?
- Das Abrutschen in Hartz-IV, prekäre Beschäftigung, Ausbreitung von Dumping-Leiharbeit etc. ist ein öffentlicher Skandal!

Aus dem Plenum:

- Betonung der Verteilungs- und der Sozialstaatsfrage; Kritik an der unterschiedlichen Bewertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit (Pflegearbeit). Wir schaffen es nicht, die erforderliche Kraft für Veränderungen allein zu entwickeln.
- Gewerkschaftliches Agieren ist Ausdruck einer defensiven Rolle, es werden viele kleine Kämpfe geführt, es ist bedauerlich, dass keine gemeinsamen Linien in den Grundsätzen gefunden werden können. Bündnisse sind notwendig! Der „Wert der Arbeit“ ist eine kulturpolitische Frage. Die Kirchen stehen unter Schutz durch den Staat, obwohl dort erhebliche prekäre Arbeitsbedingungen zunehmen --> sozialer Verfall ist hier zu beobachten. (Beitrag v. Markus Fuss, ver.di)
- Strategiedefizite wurden zu Recht angesprochen. Sie betreffen aber auch die Europäische Ebene: (1) Uns droht ein Auseinanderplatzen der wirtschaftlichen Kooperation in der EU mit massiven Konsequenzen und (2) die gesetzlich festgeschriebene Schuldenbremse ist eine Katastrophe. Die Arbeitslosenzahlen im Süden Europa's sind besorgniserregend. (Sigrid Sk.-Sp.)
- Die Hartz-IV-Einsparungen für die Rentenbeiträge sind bislang zu wenig zum Thema gemacht worden, es droht vielen dadurch eine Altersarmut wie sie noch nie da gewesen ist. (A. Brettschneider)
- Es ist eine zweigeteilte Diskussion zu beobachten: zum einen die Lage der Betriebe und zum anderen die Lobbygruppen gegen Ausgrenzung etc. im Umfeld der Betriebe. Gewerkschaftliche Aktionen müssen eine Verknüpfung mit dem Umfeld der Betriebe anstreben, Themen wie Altersversorgung, Armut etc. müssen miteinander verknüpft werden. (Rainer Knerler, IG BAU)
- Rückfragen an Annelie zu Rente mit 67 und zur Sozialpolitik.

Helmut Martens:

- Krisenkorporatismus als Ausdruck von Legitimationsproblemen aller Akteure scheint zutreffend. Die herrschende Politik ist dabei im Grunde besonders schwach (Streeck spricht von „Gesundbeten“).
- Die Gewerkschaften bräuchten in dieser Lage kommunikative Macht – und sie haben immer noch große konzeptionelle Schwächen.
- Ihr Problem zugleich Institution und soziale Bewegung sein zu wollen/müssen, ist auch ein theoretisch unzulänglich gelöstes Problem.
- „besser statt billiger“ ist hier ein lehrreiches Exempel: Verteidigung und Revitalisierung von MB/BR durch Professionalisierung (u.a. durch Beratungsinfrastruktur) und

Vergewerkschaftlichung und durch (deutlich begrenzte) Beteiligung der Beschäftigten – das ist ein großer Erfolg, aber all das bleibt in einer strukturellen Defensive, nämlich in der jeweiligen einzelwirtschaftlichen Logik befangen.

- Für ver.di stellt sich diese Drohung der fraktalen Gewerkschaft anders dar – und die Untersuchung der SFS (H. Martens/U. Dechmann) zu den „Standortkonflikten 2002-2008“ war für manche Aktive bei IGM und IGBCE durchaus ein möglicher Beitrag zur Profilierung ihrer industriepolitischen Position gegenüber ver.di.
- Bei der Verteidigung von fraktalen Interessen (aktuell Siemens oder TV Leiharbeit) muss man aussprechen, dass das noch keineswegs mittelfristig sichere Perspektiven schaffen kann.
- Demgegenüber gibt es nur rudimentäre Ansätze für Arbeitspolitik als Gesellschaftspolitik. Man bräuchte Neuansätze dort, wo heute die Investmentbanker noch ungebrochen ihre Investitionslenkung betreiben. Der „lange Pass“, der die ökonomisch-ökologische Doppelkrise (Dörre) bearbeitbar machen könnte, fehlt an dieser Stelle.

Schlussrunde im Podium

- ***Annelie Buntenbach:*** (1) Kritik an der Rente mit 67: man muss von der Arbeit und von der Rente leben können. (2) Betonung, dass Gewerkschaften nur Teil einer sozialen Bewegung sein könnten. Der DGB hat Antworten zur Gestaltung der Sozialpolitik entwickelt, die Schwierigkeit liegt aber auch darin, diese in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Wie kann die Kraft gewonnen werden, gemeinsam in's Rennen zu gehen? Grundsätzlich ist mehr Politisierung nötig. Gewerkschaften sollten sich als Teil einer sozialen Bewegung sehen.
- ***Olivier Höbel:*** (1) Dass die Gewerkschaften 1990 nicht zerbrochen sind, war eine Leistung in sich und keineswegs selbstverständlich. (2) Der Zustand vieler westeuropäischer Gewerkschaften mit sehr begrenzter betrieblicher Gestaltungsmacht ist mehr als bedauerlich. (3) Zu der Frage wie die Gewerkschaften hier zu neuer Stärke finden könnten, verweist er auf „guter Arbeit und gutes Leben“ als Zielvorstellung der IGM. (4) Wir haben nicht per se eine Existenzberechtigung, außer wir können sie jeden Tag neu erarbeiten.
- ***Wolfgang Uellenberg:*** (1) Wir müssen als Gewerkschaften besser deutlich machen, warum wir was tun – und das miteinander. (2) Er habe die Sorge vor Konflikten zwischen ver.di und den Industriegewerkschaften. (3) Zum Thema Gewerkschaften und Politik: Es geht heute durchaus um Sinnfragen im Sinne von sozialer Gerechtigkeit. Das ist den

Leuten wichtig, aber sie weisen uns da keine Lösungskompetenz (mehr) zu. (Hinweis auf die Shell-Jugend-Studie).

- **H.-J. Urban:** (1) Der größte Fehler, den wir jetzt machen könnten, wäre, in die „business-as-usual-Falle“ zu tappen, nachdem die ökonomische Krise in der Bundesrepublik erst einmal überwunden zu sein scheint. (2) Wir müssen ein von uns gewolltes Rollenbild für uns entwerfen – und wir haben gegenwärtig ganz unterschiedliche Rollenbilder in den Gewerkschaften. (3) Wir müssen unser politisches Mandat ernster nehmen und uns für Debatten nach außen öffnen.

Nach einer kurzen Pause begannen die vier Arbeitsgruppen, deren Protokolle im Anhang angefügt sind.

Am Samstag begann Prof. Dr. Hans-Günter Thien mit seinem Vortrag:

Samstag, 2. Oktober

Vortrag Prof. Dr. Hans-Günter Thien⁶:

Ganz allgemein und quasi als Vorbemerkung zur „Klassenfrage“ im Marxismus: Wenn wir über Klassen reden, reden wir nicht nur über Strukturen sondern auch über Geschichte, wir reden also über das Handeln von Menschen unter vorausgesetzten Bedingungen, die sich ändern und nicht zuletzt von jenem Handeln verändert werden..

Das, was man Arbeiterbewegung nennt (oder nannte) ergibt sich nicht (und ergab sich nie) direkt aus der Arbeiterklasse und ihrer Lage, sondern diese waren immer schon eingebunden in die historische Ausprägtheit des Kapitalverhältnisses, das immer ein breites Spektrum von unterschiedlichen und sich widerstreitenden Lagern beinhaltet und unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten bietet bzw. bot. Die realen gesellschaftlichen Prozesse werden doch von konkreten Personen vollzogen, ihre Organisationen (Gewerkschaften) sind da „mit im Spiel“.

Im „Kapital“ (Strukturanalyse) spricht Marx von Charaktermasken, nicht von konkreten Personen/Menschen. Er analysiert die spezifische Form kapitalistischer Vergesellschaftung, um deren inneres Bewegungsgesetz zu entschlüsseln. Wenn er dieses im Mehrwert heckenden Wert, in der Dynamik der Akkumulation des Kapitals entschlüsselt, so ist die methodische Ebene der Analyse zu beachten, die des Kapitals im Allgemeinen.

Damit ist nicht gemeint, dass gesellschaftliche Entwicklung sich nun mit eherner Gesetzmäßigkeit vollziehe, wie sich manche einen Marxismus als mechanischen Materialismus vorstellen und möglichst noch gemäß der Vorstellung: „Die Geschichte wird es schon richten“, womit dann (fast) alles legitimiert wird. Vielmehr wird ein Spannungsfeld aufgebaut zwischen Struktur und Handeln, das sich verändert und jeweils konkret darstellt und zu erschließen ist. Dann erst zeigt sich, zugespitzt formuliert, wie *subjekthaft* sind denn eigentlich *Klassen* sind.

Zur Einschätzung der Lage erforderlich ist daher zum einen die Nachzeichnung der Formbestimmungen kapitalistischer Gesellschaft („Kapital“ von Marx), zum anderen aber auch deren Fortführung mit Hilfe der Empirie, denn die Zusammenhänge müssen als historische aufgeschlüsselt werden.

Bisher gab es zwar Versuche, die Veränderungen der sozialen Lagen der Individuen zu analysieren – die sich aus den Umwälzungen von technologischen Bedingungen ergaben, von Produktion und Reproduktion – und in Verbindung mit einem Klassenkonzept zu stellen, aber

⁶ Aktuelle Publikationen: Hans-Günter Thien: Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland, Münster 2010. Und Hans-Günter Thien (Hrsg.): Klassen im Postfordismus, Münster 2010.

dabei blieb es meist bei der Beschreibung einzelner sozialer Gruppierungen und Problemfelder, der Zusammenhang hingegen wird nicht hergestellt.

Von einer ‚transformationellen Klassentheorie‘ sind wir noch immer weit entfernt.

Nach 1945 hat Helmut Schelsky (übrigens zeitweise unter gewerkschaftlicher Ägide) mit der These von der ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft‘ die öffentliche Meinung geprägt: ‚es gibt keine Klassen mehr‘, ‚Wir haben keine Klassen mehr sondern Schichten.‘ Das hatte Auswirkungen auf die Gewerkschaften. (Mitte der 1970er Jahre). In Abgrenzung zu Schelsky wurde Marx in der Studentenbewegung 1968 gelesen, und die Kapital-Lesekurse waren damals ideologisch sehr aufgeladen.

Es war angeblich ein ‚Geheimnis‘ entdeckt worden: Kapitalismus, Wertform, Krise. ‚Die Arbeiterklasse‘ wurde wieder gefunden, allerdings nur auf allgemeiner Ebene. Aber die Theorie zur Arbeiterklasse hielt der Konfrontation mit dem realen Leben nicht stand: ‚Die Menschen verhalten sich ja gar nicht so...‘. Auch hier war bald das Gegenmittel gefunden mit den Mystifikationen des Werts, die in der Vorstellung eines allgemeinen Verblendungszusammenhang mündeten, dem alle, auch ArbeiterInnen im Kapitalismus unterlägen.

Das Verhältnis von ‚Klassen‘ zu den realen Menschen wurde nicht erforscht, und die Klassenanalyse wurde schließlich aufgegeben. Die Klassentheorien wurden dann von anderen Ansätzen aufgenommen und moduliert.

An Schelsky⁷ hat dann Ulrich Beck⁸ als neuerer wegweisender Soziologe mit der ‚Risikogesellschaft‘ - ‚Risiko-Kapitalismus‘ = alles ist schwieriger geworden, weil der Kapitalismus weltweit agiert – wieder angeknüpft (Kapitalismus, technische Großversuche, Globalisierung, Individualisierung). ---> aber es bleibt völlig unklar, was daraus folgen sollte. Schließlich fällt einem zur Klassenfrage auch A. Gorz ‚Abschied vom Proletariat‘ ein. --> ‚Adieu altes Proletariat‘, es wurden die ‚neuen sozialen Bewegungen‘ entdeckt, die Klassenfrage stellte sich kaum noch, sie schien erledigt.

Sie ist es aber nicht, sie meldet sich wieder. Nur anders!

Zugespißt formuliert: Die ‚Klasse‘ gibt es so nicht, Marx geht im Kapital von Strukturen aus, die ‚revolutionäre Klasse‘ gibt es darin nur als ‚Möglichkeit‘. Z. T. erweckt man heute den Anschein, dass die (neu aufgetretenen) Differenzierungen etwas ganz Neues seien. Das ist

⁷ Z. B. der sich mit seiner Veröffentlichung von 1975: Die Arbeit tun die anderen – Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen einen kritischen Anstrich gegen die intellektuelle Kritik von links gibt.

⁸ Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Und 2008: Risikogesellschaft und die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten in: Berger / Weiß (Hrsg.): Transnationalisierung sozialer Ungleichheit, Wiesbaden, VS.

aber nicht der Fall. (Verweis auf E. Lucas „Zwei Formen von Radikalismus“ – Arbeiter in Solingen und im Duisburger Raum). Das alles ist nichts grundsätzlich Neues: Klassen sind also einmal die, die sich handelnd selbst konstituieren und die die durch ihre Positionierung im kapitalistischen Produktionsprozess konstituiert werden. Und in diesen Prozessen spielen Organisationen ihre Rolle, nicht im Sinne vorweg gesetzter „Fügungen“, sondern als strukturierendes Moment in offenen Prozessen. Die Individuen stehen in Konkurrenz zueinander, zusammen gehalten durch die kapitalistischen Verhältnisse.

Welche Auswirkungen haben die Veränderungen des Kapitalismus auf die Klassenanalyse? Die historische Entwicklung zeigt, dass die ‚glorreiche Arbeiterbewegung‘ eine Konstruktion ist, ein ‚Mythos Arbeiterbewegung‘, denn die große Solidarität gab es auch damals nie. Auch früher (im 19. Jh.) hatten es die Gewerkschaften sehr schwer, die Arbeiter zu erreichen, die meisten wollten sich nicht organisieren (lassen). Diese Themen sind die immanenten Problematiken in der ‚Klassenfrage‘, was eben auch die Handlungsdimension und deren Grenzen betrifft. (150jährige Debatten, z.B. E. P. Thompson zum ‚Organisationsprozess‘, andere zur ‚Mehrwertproduktion‘ und weitere zur ‚offenen Zukunft‘)

Man kann nicht nur von ‚der Produktion‘ im Allgemeinen ausgehen, man muss konkret werden!

Statt nun zu versuchen, das hier weiter aufzuschlüsseln, verweise ich auf die Ausführungen von Klaus Dörre, dem ich mich weitgehend anschließen kann. Einige

Anmerkungen zum Thesenpapier von Helmut Martens/FNPA können meine Intention vielleicht verdeutlichen:

„Epochenbruch“ ist ein weiter zu diskutierender Begriff! „Post-Fordismus“ ist nicht aussagekräftig – einfach nur ‚post‘ = nach – was sagt das aus? Der Fordismus ist noch nicht ausreichend analysiert. Fordismuskonzeption bloß als Klassenkompromiss wäre zu einfach und harmonisch gesehen. Es fanden diverse Kämpfe statt, es gab nicht nur Kompromisse als ‚leichte Übung‘. ‚Übergang‘ ist eine bessere Bezeichnung als Postfordismus. Für die neue Epoche ist schon charakteristisch, dass es Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Beschäftigten (innerhalb eines Betriebes) gibt, zwischen Kernbelegschaft, Niedriglöhnern/Leiharbeitern und heute vor allem auch mit MigrantInnen. Bei den Thesen fehlt der Komplex der ‚MigrantInnen‘.

Zum Beispiel: Der Streik bei Ford (1973)⁹ in Köln wurde überwiegend von Migranten (aus der Türkei) durchgeführt, nur wenige deutsche waren dabei, und dieser Streik wurde dann auch sehr schnell vom Betriebsrat und von der IG Metall erstickt.

Die Aussage von Klaus Dörre zur „Hilflosigkeit“ der heutigen Politik ist arg allgemein und setzt m. E. einen falschen Akzent: In den USA hält sich die Politik sehr lange, es gibt eine hohe gesellschaftliche Stabilität trotz zunehmender Exklusion, es zeigt sich, dass viel mehr Fragmentierung möglich ist, in der einige Gruppen nur noch herrschaftlich integriert, d.h. bloß noch unterworfen und kontrolliert werden. Ja, man mag von einem bedrohten Zusammenhalt der Gesellschaft sprechen und damit zweifellos einen wichtigen Zusammenhang thematisieren, aber ich denke, dass da ganz behutsam vorgegangen werden sollte. Sowenig es die „Gesellschaft“ sowenig gibt es allgemeine Grenzen einer gesellschaftlichen Kohäsion! Es existieren Gruppen, die Grenzen in Frage stellen, und erst dann, wenn ihnen das gelingt, werden diese Grenzen auch sichtbar und ggf. in Frage gestellt! Die Begleitumstände und Vorfälle angesichts der anhaltenden Finanzmarktkrise sollten uns zur Zurückhaltung gegenüber den aktivierenden Grenzen politischen Handelns anhalten. Denn die politische Kultur weist heute sozusagen *bodenlose* Fälle auf, die einen geradezu wütend machen:

Die aktuelle Hartz-IV-Politik ist bodenlos (Arbeitsscheue, die scheinbar den Arbeitszwang brauchen), unglaublich, aber es passiert nichts...- eingeführt durch SPD und Grüne! Und Sarazin ist auch bodenlos! Die SPD ist diffus, und wie verhalten sich die Gewerkschaften zu Sarazin? – Statt den Rassismus und seine Verbreitung nicht zuletzt in den Parteien zu analysieren verlegt man sich darauf, die Anforderungen an einen Integrationszwang erneut zu diskutieren. Dabei ist nicht unbekannt, dass es auch innerhalb der SPD wie der Gewerkschaften einen Rassismus gibt - das muss diskutiert werden! Nicht (nur) die Integration...

Die herrschende Politik zeichnet sich durch Perspektivlosigkeit aus, aber noch lassen sich die Beherrschten hierzulande Vieles, ja fast Alles gefallen. Wie sind die politischen Eliten mit Lobbyinteressen und untereinander verstrickt. Nehmen wir z. B. Peer Steinbrück und seine Verstrickung in die Finanzmarktkrise (Deregulierung der Finanzmärkte), die unauflösbar ist:

⁹ Zu den "spontanen" Streiks 1973 gibt es in Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '74, Frankfurt am Main, einen Artikel von W. Müller Jentsch: "Die spontane Streikbewegung 1973", S. 44-54, in dem u.a. - auf dem Höhepunkt der Streikbewegung im August mit ca. 80 000 Streikenden (über das gesamte Jahr 275 240 Streikende) u.a. auch Ford Köln erwähnt ist. Siehe neuerdings die wichtigen Arbeiten von Manuela Bojadzije: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster 2008, S.156 ff; Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder, Frankfurt 2007

Wo ist die Aufarbeitung der ‚rot-grünen Fehler‘? Als Konsequenz folgt nur ‚untätiges Bedauern‘ und dann natürlich das Schreiben eines Buches, mit dem man sein Handeln legitimiert und das dann auch noch Erfolg hat.

Wir sollten von ‚Kritik‘ nur auf der Ebene der ‚BürgerInnen‘ sprechen nicht auf der der ‚Klasse‘, denn ein Klassen-Handeln scheint weiter entfernt denn je.

Wenn man an die HRE (Hypo Real Estate) denkt ---> Skandal! Warum Skandal? - Es geht heutzutage und hierzulande anscheinend fast alles...Setzen etwa die Gewerkschaften ihre Stärken ein?

Ich bin also skeptisch gegenüber Formulierungen wie: ‚Das falsche Freiheitsversprechen des Neoliberalismus entlarvt sich selber‘ - das tut es ja (leider) gerade nicht! Der Neoliberalismus existiert weiter, man muss vorsichtig sein und sollte den Gegner nicht zu klein reden: Nur eine Klasse scheint mir zur Zeit ziemlich handlungsfähig, die Bourgeoise! Dem muss mehr entgegen gesetzt werden. Ansonsten droht den Gewerkschaften ein weiterer immenser Bedeutungsverlust. Dazu müssen aber auch die ‚Leichen‘ der Gewerkschaften benannt werden (Genossenschaften, Beispiel SEK, Verhältnis zur ‚solidarischen Ökonomie, etc.) – Die ‚kleinen Leute‘ erinnern sich durchaus ...

Wichtig ist auch eine Stärkung der kommunikativen Ebene, Stilfragen und Fähigkeiten von führenden Gewerkschaftsvertretern, z. B. Huber als Aushängeschild gemeinsam mit Ackermann zum Essen bei der Kanzlerin --> welches Bild wird dazu bei den ‚kleinen Leuten‘ erzeugt? Diese ‚kleinen Leute‘ sind jene Klasse, die es als *Klasse*, d. h. als *handlungsfähiges Subjekt*, nicht gibt. Die Frage ist: Wie ermöglicht man diesen Menschen *handlungsfähige Subjekte* zu werden? Die Frage stellt sich natürlich, ob man (wer?) das überhaupt will...

Podium mit kurzer Darstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen und deren Bezügen zum Vortrag von Hans-Günter Thien: Kai Lindemann (AG 1), Helmut Martens (AG 2), Frieder O. Wolf (AG 3) und Pia Paust-Lassen (AG 4); Moderation: Jörg Reitzig.

Frieder O. Wolf, AG 3:

„Gewerkschaftliche Handlungsperspektiven von Hochqualifizierten“ mit Vanessa Barth (IG Metall, Vorstandsverwaltung) zu „Engineering IG Metall“ und Tobias Kämpf (ISF München) zu „Orientierungen von Hochqualifizierten im IT-Bereich“.

- Hochqualifizierte sind Arbeitnehmer wider Willen im Gegensatz zu manifesten Arbeitnehmern mit einer hohen Lohnarbeitsorientierung.
- Zwei Pole strukturieren einen neuen sozialen Prozess, zum einen der des

Negativszenarios mit einer neuen Ökonomie der Entwertung und zum anderen ein
Positivszenario mit einer neuen Kultur der Solidarität und Mitbestimmung.

- Im Prinzip gibt es eine positive Bindung zwischen Hochqualifizierten und
Gewerkschaften, also HQ sind eine neue Zielgruppe, um “Wege aus der Ohnmacht
aufzeigen“, aber: viele sehen Gewerkschaften selbst als ohnmächtig an.
- Es sind gewerkschaftliche Erfolge zu verzeichnen bei der Wiederaufnahme der
Angestelltenarbeit: Selbstfinanzierung funktioniert hier.
- „Die Köpfe zusammenstecken“ als erste Angebote zur Interessenvertretung.
- Spontane Initiativen und organisierte Angebote sind neue Organizing-Möglichkeiten,
um Hochqualifizierte als Subjekte ansprechen zu können.
- „Epochenbruch jenseits des Epochenbruchs“, d.h. ist nach der Wende vom Fordismus
zum Neoliberalismus noch einmal ein Epochenbruch zu erwarten, der aus den
Metamorphosen der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise herausführt?

Pia Paust-Lassen, AG 4:

**„Prekarität und Wissensarbeit im Hochschulbereich und in der Forschung -
Gewerkschaftliche Interessenvertretung von prekär beschäftigten Hochqualifizierten“**
mit Matthias Neis (ver.di BuVo) zur „Mittelbau-Studie zu wissenschaftlichen Beschäftigten
an Universitäten“ und Veronika Mirschel zur „Selbständigeninitiative von ver.di“ und mit
Dr. Klaus Kock (Kooperationsstelle Dortmund).

- Neue Organizing-Versuche im Bereich der Wissensarbeit wurden vorgestellt.
- Sind Wissensarbeiter an Hochschulen auch neue Subjekte, die von Gewerkschaften
angesprochen werden können?
- Flexible, freie Solo-Selbstständige an den Universitäten wurden bislang von
Gewerkschaften gar nicht als Zielgruppe gesehen.
- Arbeitszeitregelungen müssen mit den Betroffenen diskutiert werden, viele
Gewerkschaftsvorstellungen in diesem Wissensbereich sind unpraktikabel.
- Aber die Probleme von ständig befristeter Beschäftigung und individuellen Lösungen
sind durchaus Themen, bei denen von Gewerkschaften Unterstützung erhofft wird.
- Auch hier zeigt sich die Individualisierung und Konkurrenz untereinander.
- Sind die WissensarbeiterInnen eine (neue) eigene „Klasse“ in der
Wissensgesellschaft?
- Wer sind die Akteure, die die Verhältnisse auf diesem Sektor verändern und
verbessern könnten?
- Welche Bündnispartner gäbe es und wie ließe sich Solidarität untereinander und zu

anderen Akteuren herstellen?

Helmut Martens, AG 2:

„Neue strategische Ansätze in Kernbereichen gewerkschaftlichen Handelns“ mit Antonio Brettschneider (Uni Duisburg) zu „Besser statt billiger“ - Stärkung von Innovation und Mitbestimmung und mit Georg Wissmeier (ORKA) zu „Organisierung und Kampagnen“.

- Vorstellung der Kampagne „Besser statt billiger“, die 2004 begann und seither mit mehreren Projekten betrieben wurde.
- Es handelt sich um eine mehrdimensionale Strategie deren Ziele vor allem darin bestanden, (1) arbeitspolitisch wünschenswerte betriebliche Innovationen („Besserstrategien“) zu befördern und darüber (2) mit den Betriebsräten auch die IG Metall organisationspolitisch zu stärken .
- Erreicht wurden beachtliche Erfolge der Professionalisierung und Verwissenschaftlichung der Betriebsratsarbeit (durch Aufbau neuer Beratungsstrukturen) und auch der IG Metall Verwaltungsstellen.
- Offen ist die Beurteilung der Reichweite der Kampagne: unmittelbare Effekte (Erhalt von Standorten/Arbeitsplätzen) sind beachtlich.
- Infrastrukturen wurden neu aufgebaut. Der Aufwand war erheblich, und es gibt erkennbare Grenzen der Beteiligung der Beschäftigten selbst.
- Die Kampagne ist aber auch dadurch begrenzt, dass sie der jeweiligen einzelwirtschaftlichen Handlungslogik verhaftet bleibt.
- G. Wissmer (ORKA) berichtet über die ver.di-Kampagne „Weiter so war gestern – umdenken, handeln, jetzt“ in NRW (vom Jahresbeginn bis zur Landtagswahl). Sie hatte zum Ziel, die Kampagnenfähigkeit und -arbeit von hauptamtlichen und ehrenamtlichen GewerkschaftsmitarbeiterInnen im Hinblick auf regionale und Landespolitik zu entwickeln.
- Kampaigning heißt also, dass in diesem Fall Arbeitspolitik als Gesellschaftspolitik begriffen wird.
- Im Ergebnis wurde die Basis der Aktiven ausgebaut, die Zusammenarbeit zwischen Landesbezirk und (beteiligten) Bezirken verbessert und es wurden Resonanzen im politischen Raum erreicht; aber nur 1/3 der Angesprochenen haben die Angebote überhaupt wahrgenommen.

Kai Lindemann, AG 1:

„Gewerkschaftliche Handlungsansätze im Niedriglohnbereich“ mit Rainer Knerler (Regionalleiter der IG BAU Region Berlin-Brandenburg) zu den Organizing-Erfahrungen der IG BAU Berlin-Brandenburg und mit Dr. Oliver Nachtwey (Uni Trier) zum Organizing im

Niedriglohnbereich:), sowie mit Joachim Neumann zu den Erfahrungen aus der Lidl- und Schleckerinitiative von ver.di.

- Organizing im Niedriglohnbereich wurde am Beispiel der Gebäudereiniger-Proteste vorgestellt. Grundsätzlich soll Organizing alle Akteure einbeziehen, z. B. auch die betroffenen Bauherren, was aber in der Praxis nicht so einfach ist.
- Strategien müssen erarbeitet werden, um aktive Leute zu finden, um damit dann ein Schneeballprinzip aufbauen zu können.
- Auch die Öffentlichkeit muss eingebunden werden.
- Theorie für Organizing ist mangelhaft bisher, es gibt zu wenig Grundlagenforschung.
- In den Gewerkschaften herrschen falsche Vorstellung zum Aufwand von Organizing vor, wenig zielführend sind die gegenseitigen Abwerbeversuche der Gewerkschaften untereinander, bei denen Organizer als ‚Allzweckwaffe‘ eingesetzt werden.
- Organizing ist häufig als Projekt getarnt, das erfolgreich sein muss, so dass die Ziele den Projektergebnissen untergeordnet würden, woraus dann falsche Schlussfolgerungen gezogen würden.
- Organizing ist also kein Allheilmittel.
- Hilfe zur Selbsthilfe ist als neuer Ansatz erfolgversprechend.
- Die Gewerkschaften sind aber auch zu betriebswirtschaftlichen Bewertungen gezwungen.
- Zur „Solidarität“: sie ist kein Mythos, sondern schlichtweg ein ‚stinknormales menschliches Handlungsmotiv‘, z. B. in der öffentlichen Wahrnehmung, was auch vom Neoliberalismus nicht zerstört werden kann.
- Kommunikation ist als entscheidende Komponente erkannt, es müssen die Veränderungen im Neoliberalismus berücksichtigt werden.
- Berthold Huber im Kanzleramt muss möglich sein, Ungerechtigkeiten müssen heute anders kommuniziert werden.

Debatte im Plenum zum Vortrag von Günter Thien und zum Podium

Dieter Scholz --> Frage an Thien:

- Wo ist die Klasse, wo sind deren Grenzen? Von der Marxschen Analyse gibt es den historisch-strukturierten Klassenbegriff, der aber noch nicht politisch nutzbar ist. Ist die Klasse wirklich nur als Klasse **für sich denkbar**?? Gibt es ein ‚Klassenhandeln‘? Reale Kämpfe werden heute nicht im Selbstverständnis als „Klassenkämpfe“ geführt, was folgt daraus für die Gewerkschaften, welche Erkenntnis lässt sich daraus ableiten?

Olivier Höbel:

- Ein ‚Epochenbruch‘ ist eindeutig vorhanden, - aber es muss auch thematisiert werden, dass 89 die DDR zusammengebrochen ist, der Zusammenbruch eines Großversuches der ‚Arbeiterklasse und -bewegung‘ und die Auswirkungen der Globalisierung müssen einbezogen werden. Die ‚globale Klassenfrage‘ stellt sich.
- ‚Europa‘ ist als Erfolg zu werten (schon 1925 gab es den Ansatz ‚für die vereinigten Staaten von Europa‘), die europäische Vereinigung, die wir erkämpft haben, auch die Verteidigung der Besitzstände im internationalen Vergleich war erfolgreich.
- Ist die Bourgeoisie wirklich die einzige handlungsfähige Klasse?
- Unsere Handlungsfähigkeit ist schon vorhanden, denn es gibt doch einiges, was erkämpft wurde! Tarifautonomie und z. B. die Regelungen zur Zeitarbeit unter Rot-Grün oder die Mitbestimmung auf europäischer Ebene.
- Aus der Sicht von außen werden die deutschen Gewerkschaften gefragt: ‚wie habt Ihr das geschafft, Eure Errungenschaften zu erhalten?’
- Ein erweiterter Klassenbegriff ist notwendig, die *Klasse an sich* ist definierbar (über empirische Analyse), *die Klasse für sich* ist die Aufgabe, der wir uns stellen müssen.
- Solidarität erfordert kollektives Handeln, d. h. zum Teil auch gegen eigene Vorstellungen.
- Hier liegt das Problem mit dem jüngsten Lafontaine-Interview: Er stellt sich dieser Schwierigkeit nicht, erst einmal diese eigenen Vorstellungen kritisch hinterfragbar zu machen - es ist eine Illusion, allein über die Kraft des Arguments die Menschen erreichen zu können.
- Gewerkschaften sollten die Menschen nicht nur über den Kopf ansprechen, auch über den ‚Bauch‘ müssen die Inhalte transportiert werden. – wie es die Neoliberalen vormachen, wo dann zu beobachten ist, dass die Menschen gegen ihren Verstand handeln, obwohl den Hartz-IV-Empfängern das Bier gestrichen wird während die Herrschenden Champagner saufen!
- Die Realitäten müssen angesprochen werden, auf die Probleme der Menschen muss eingegangen werden.

Mathias Neumann, ver.di:

- Zur AG 4 ist anzumerken, dass Solidarität als menschliches Handlungsmotiv beobachtet werden kann, das im Konkreten umkämpft ist,
- die Fragmentierung entsteht durch unterschiedliche Lebenslagen und Milieus, auch innerhalb eines Betriebs, die Produktion von Solidarität müssen wir unterstützen.

- Z. B. bei der Leiharbeit herrschen in den Betrieben unterschiedliche Lagen und daher auch Interessen, hier muss ein Austausch stattfinden, um gemeinsame Interessen und Forderungen zu finden – als strukturierter Prozess.

Rainer Watt:

- z.B. auch zu den Aufstockern – Lohnarbeit/Transfereinkommen – muss Solidarität entwickelt werden.
- → Kollektivbildung! Wie funktioniert die Übersetzung in Klasse für sich?
- Ein Klassenprojekt ist nicht mehr allein nationalstaatlich möglich.

Abschlussbeitrag von Günter Thien:

- Die Problematik ist selbstredend nicht einfach zu lösen! Denn die gegenwärtige Situation ist abstrakt (Anm. der Protokollanten: ‚abstrakt‘ in dem Sinne, dass noch nicht absehbar ist, wer hier konkret wirksam handeln kann und wer das dann auch tun wird).
- Ganz einfach ist die empirische Klassenanalyse – die ist auch wichtig, um Veränderungen erfassen zu können als Situationserfassung. Diese Betrachtungen sind immer situationsbedingt, sowohl real als auch historisch. Aber sie sind beschränkt!
- Problematik *an sich/für sich* – besteht nicht nur für ArbeiterInnen, sondern auch für die Gegenseite, für das Klassenverhältnis.
- Das ‚Handeln der Einen‘ bedingt das Handeln ‚der Anderen‘.
- Der ‚Arbeiter an sich‘ existiert nicht, ebenso ‚das Kapital‘, real gibt es immer nur die vielen Einzelnen in Handlungszusammenhängen.
- Es sind viele andere Gegensätze und ungelöste Problematiken vorhanden.
- ‚Epochenbruch‘ ist bezogen auf den Zusammenbruch des Sozialismus unbestreitbar, wird aber in der Begriffsbildung im FNPA nicht thematisiert.
- Und wo bleibt die Analyse der Linken? Wie hat das das Bewusstsein, den Habitus im Osten beeinflusst? Ost-West-Gegensätze?
- Die EU wird mit ihren Errungenschaften überschätzt, denn welche positiven Veränderungen sind denn erfolgt?
- Es überwiegen doch die Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse! Es gibt Erfolge, ja, aber wie sind die zustande gekommen?
- Als Beispiele aus der Geschichte: Zwar tobt in Italien der Klassenkampf, hat aber keine anhaltenden Erfolge vorzuweisen, im Gegensatz dazu ist die Mitbestimmung

erfolgreicher!

- Deutschlands Aufschwung allerdings hat viel damit zu tun, dass die Arbeitsbedingungen anderswo so schlecht sind, z. B. in Griechenland oder in China!
- Arbeiterbewegung geht nur international, diese Lage gibt es seit (über) 100 Jahren, hat aber auch viele Niederlagen zur Folge gehabt.
- Die Einbeziehung des Weltzusammenhanges ist wichtig, aber nicht einfach zu bewerkstelligen, denn dieser Themenkomplex ist mythologisch stark aufgeladen.
- Die ‚Welt-Arbeiter-Klasse‘ im akademischen Kontext ist begleitet von der Figur der ‚Erlösung‘.
- Real ist das ein schwieriger Zusammenhang, da eher Konkurrenzen vorherrschen als solidarisches Handeln, es gibt hier keinen Automatismus.
- Roths ‚andere Arbeiterbewegung‘ – die ‚wobblies‘ (Industrial Workers of the World = IWW, gegründet 1905 in Chicago) – ist auch mythologisch – nicht die Klasse hat gekämpft.
- Zu den neoliberalen Praktiken: diese haben einen anderen Akzent, haben häufig Erfolg, weil sie an Bauch und Herz herankommen, wir waren schon einmal viel näher an Kopf und Bauch.
- Der Fortschritt ereignet sich nicht einfach von alleine – er erfolgt nur, wenn wir ihn machen, ansonsten drohen Rückschritte.
- Die Gewerkschaften haben auch ein Problem mit der ‚Verdinglichung‘ von Kulturarbeit.
- Die Menschen müssen stärker in ihrer Subjektivität zur Kenntnis genommen werden, der Begriff der ‚Würde‘ muss wieder stärker thematisiert werden, den Menschen muss gezeigt werden, dass sie dazu gehören, zum Projekt ‚Arbeiterklasse‘!
- Die ‚Arbeiterklasse‘ muss als Gesamtzusammenhang, als ein **Projekt ‚im Entstehen‘** vermittelt werden!
- **Das ist der Nutzen der Klassenanalyse: Vergegenwärtigung der zusammenzubringenden Teile des Gesamtarbeiters.**
- Was ist der ‚Gesamtarbeiter‘?
- Was ist ‚Gute Arbeit‘?
- Dazu gehört auch die Frage nach der Nützlichkeit der ‚Waren‘, nach den Resultaten der Arbeit (Verdinglichung der Gebrauchswerte), sowie Auswirkungen von Produktion und Produkt etc. auf die Umwelt – ökologische Rahmenbedingungen!
- Das muss Teil des Projekts sein!

Vortrag von Prof. Dr. Johano Strasser:(die ungekürzte Fassung der Thesen wird auf der
website: www.forum-neue-politik-der-arbeit.de dokumentiert)

8 Thesen zur ‚Neuen Kultur der Arbeit‘¹⁰

1. Was ist der Sinn der Arbeit? Manchmal - für manche Menschen mehr als für andere - hat Arbeit ihren Sinn in sich selbst. Dann ist der Arbeitende motiviert durch die Freude an der (kreativen) Leistung, an der Verausgabung seiner produktiven Kräfte, am konkreten Ergebnis des Arbeitsprozesses. Arbeit kann gelegentlich tatsächlich dem freien Spiel nahe kommen. Die meisten Menschen arbeiten aber vor allem oder sogar ausschließlich um des Arbeitslohns willen, um sich leisten zu können, was sie brauchen und was sie sich wünschen: (...)

2. In der Moderne haben die Menschen große Anstrengungen unternommen, ihre Genussmöglichkeiten zu steigern. Damit sie sie wahrnehmen können, müssen sie einerseits arbeiten, um sich die Genussdinge und –möglichkeiten kaufen zu können, andererseits von Arbeit entlastet werden, um freie Genusszeit zu gewinnen. Wenn Menschen keine Zeit haben, von den gebotenen Genussmöglichkeiten Gebrauch zu machen, macht es auf Dauer für sie auch keinen Sinn, sich immer mehr und immer neue Genussmöglichkeiten zu erschließen. Das ist die Tragödie des *workoholic*. Wer sich dagegen alles leisten kann, ohne einen Finger krumm zu machen, verliert am Ende nicht selten auch die Freude am allzu mühelos erworbenen Genuss. Das ist die Tragödie des *faulen Genießers*. (...)

3. Ein erfülltes Leben ist für die allermeisten Menschen ohne Erwerbsarbeit nicht denkbar. Darum bleibt es ein wichtiges politisches Ziel, allen Menschen, die arbeiten wollen und können, Zugang zum Erwerbsarbeitssystem zu eröffnen. Über alle Parteigrenzen hinweg scheint heute Konsens zu bestehen, dass es einen Königsweg zur Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung gibt: Wirtschaftswachstum. Aber dieselbe Dynamik, die wirtschaftliches Wachstum erzeugt, führt auch zu Prozessinnovationen mit dem Ziel der Rationalisierung und Automation, also der Arbeitersparung. (...) Ohne diese kontinuierliche Arbeitszeitverkürzung hätte es in der modernen Geschichte nicht eine einzige Phase annähernder Vollbeschäftigung gegeben.

4. Heute sehen wir uns ökologischen, sozialen und – auf der Seite der Konsumenten - zeitökonomischen Grenzen des Wachstums gegenüber. Dazu kommt, dass die Beschleunigung der Innovation ein neuartiges Sinnproblem erzeugt: Immer häufiger wird das erworbene Konsumgut entwertet und die Freude daran geschmälert, weil sogleich das bereits entwickelte Noch-Bessere in den Blick kommt. Wie aber soll die Vorstellung aufrecht erhalten werden, dass Leistung sich lohnt, wenn das, was ich mir aufgrund meiner Leistung

¹⁰ Die vollständigen Thesen sind auf der website des Forum Neue Politik der Arbeit zu finden.

leiste, immer öfter nur das Zweitbeste ist? Zwar gibt es sinnvolle Großprojekte, die nach wie vor die Leistungsbereitschaft mobilisieren können, wie die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, die Ersetzung fossiler Energie durch regenerierbare Energiequellen, der Aufbau einer emissionsfreien Kreislaufwirtschaft, zwar gibt es hier und da neue Dienstleistungen, die das Leben erleichtern, alte Dienstleistungen, die ausgeweitet werden können und sollten. Dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, steht somit nicht zu befürchten. Aber ein Großteil der neuen Dienstleistungsarbeit wird (z. B. via Internet) auf den Konsumenten verlagert und fällt damit als Erwerbsquelle aus. Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum allein bleibt auch in der Perspektive der neuen *Dienstleistungsgesellschaft* eine Chimäre. Es geht nicht ohne Arbeitszeitverkürzung.

Allerdings greifen die alten Regelarbeitszeiten in vielen Bereichen der modernen Güter- und Dienstleistungsproduktion nicht mehr. Neue Formen der Arbeitszeitverkürzung müssen in Zukunft eine größere Rolle spielen: Sabbatregelungen, bezahlte Auszeiten für Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit und Weiterbildung, Teilzeitarbeit, Jobsharing etc.

5. Auch bezüglich der These, dass Bildung *der* Schlüssel zur Vollbeschäftigung sei, ist Skepsis angebracht. Zwar ist es aus vielerlei Gründen sinnvoll, mehr in Bildung zu investieren, vor allem Kinder aus bildungsfernen Milieus in Ganztagschulen und durch längeres gemeinsames Lernen zu fördern. Zwar wäre es wünschenswert, wenn endlich begriffen würde, dass *Bildung* und *Qualifikation* nicht dasselbe sind und eine möglichst breite Grundbildung unter Einschluss der geisteswissenschaftlichen und musischen Fächer die beste Lebensvorbereitung darstellt. Aber da die ständige Ausweitung des gesellschaftlichen Erwerbsarbeitsvolumens nicht gelingen kann, kann auch Bildung nicht *der* Schlüssel zur Vollbeschäftigung sein. Eine isolierte Strategie der Bildungsförderung würde zu einer Höherqualifizierung der Arbeitslosen führen. Auch hier zwingt sich die Erkenntnis auf: Es geht nicht ohne Arbeitszeitverkürzung.

6. Ein Blick in die fernere Zukunft kann helfen zu verstehen, warum die alten und neuen Patentantworten nicht mehr stimmen: Welche Arbeit bleibt übrig, wenn Rationalisierung und Automation fortschreiten? Vermutlich werden auf lange Sicht – jedenfalls im Marktsektor - alle Arbeiten automatisiert, in denen die Arbeitsvollzüge vollständig definiert und berechnet werden können. Übrig bleibt dann als von Menschen zu verrichtende Arbeit vor allem das, was nicht automatisiert werden kann; und das ist nicht wenig: leitende und beratende Tätigkeiten in Wirtschaft und Verwaltung, Marketing und Werbung, ein Teil der handwerklichen und bäuerlichen Arbeiten, künstlerische Produktion, Erfinden, Planen, Entwickeln, Warten, personenbezogene Dienstleistungen, Kommunizieren, Motivieren,

Lernprozesse organisieren, schöpferisch sein, mit Menschen umgehen, sich kümmern, trösten, pflegen - alles das, was Maschinen nun einmal nicht können.

Alle diese Tätigkeiten sind ihrer Natur nach personalintensiv, nicht geeignet für Rationalisierung und Automation. Daher gelten sie heute als übermäßig kostspielig. Aber die üblichen Einsparstrategien führen hier nicht zu mehr Effizienz, sondern zur Minderung oder zur Pervertierung der Leistung. Die Ersetzung des Lehrers durch den Computer, die Ersetzung der Pflegerin durch den Monitor, die Ersetzung des Gemeindepfarrers durch das *Wort zum Sonntag* im Fernsehen pervertiert die betreffende Dienstleistung, statt sie effektiver zu machen.

In unserem System der sozialen Sicherung tragen die personenbezogenen und anderen nichtrationalisierbaren Dienstleistungen, eben weil sie personalintensiv sind, proportional weitaus mehr zur Finanzierung der Sozialleistungen bei als der hochrationalisierte Sektor. Denn die Sozialabgaben berechnen sich nach der Zahl der Beschäftigten, bzw. nach der Lohnsumme. Das führt dazu, dass der Teil der Arbeit, der auch in Zukunft von Menschen zu verrichten sein wird, heute schlicht nicht wettbewerbsfähig ist, wenn es darum geht, wer sich durch Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität welchen Anteil an den gesellschaftlich erarbeiteten Finanzmitteln sichert. Rationalisierung und Automation im Maschinensektor, und wachsender Kostendruck im Sektor menschlicher Arbeit lassen - wenn alles so bleibt, wie es ist, trotz der trügerischen Entspannung, die uns vom Arbeitsmarkt gemeldet wurde und auch ohne weitere Finanzkrisen die Arbeitslosigkeit weiter steigen.

Es gibt nur einen Ausweg: Die steuer- und finanzpolitische Privilegierung des Maschinensektors muss beendet, die Wertschöpfung in diesem Sektor zur Finanzierung jener Aufgaben herangezogen werden, die nur mit menschlicher Arbeit geleistet werden können. Nur so kann auch durch Investitionen in Gesundheit, Pflege, Bildung und Forschung der große und wachsende Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen gedeckt werden; nur so kann auch die wachsende Binnennachfrage entstehen, die auch der Maschinensektor braucht, um seine Produkte abzusetzen. Denn auch das wissen wir: Maschinen kaufen keine maschinengefertigten Produkte!

7. Wer nach der *Zukunft der Arbeit* fragt, muss also zunächst die Frage nach der *Arbeit der Zukunft* beantworten. Statt weiter den kruden Fortschrittsvorstellungen des 19. Jahrhunderts zu folgen und an der Privilegierung der Maschinenarbeit festzuhalten, sollten wir die utopischen Möglichkeiten nutzen, die Rationalisierung und Automation eröffnen, zumal wenn sie, wie das heute zumeist der Fall ist, mit einer effektiveren Nutzung von Energie und Stoffen einhergehen. Einmal ergeben sich bisher nicht für möglich gehaltene Chancen der

Entlastung von fremdbestimmter und belastender Arbeit und der Mehrung frei verfügbarer Zeit für alle und zum anderen ist der Typus der Arbeit, der lebensnotwendig ist und nicht wegrationalisiert werden kann, in der Regel menschlich anspruchsvoller: er eröffnet zumeist größere Möglichkeiten der Sinnstiftung und bietet intrinsische Gratifikationen, die weit über das hinausgehen, was die klassische Industrie- und Büroarbeit gemeinhin zu bieten hatte.

Eine wirklich moderne, an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an der Kapitalverwertung orientierte Dienstleistungsgesellschaft könnte befriedigende und humane Arbeitsmöglichkeiten für alle bieten, und zwar auch für die, die nicht die höheren Weihen des Bildungssystems erhalten haben.

Eine solche Vision schließt an die Vorstellungen der Befreiung der Arbeit an, die die Marxschen Frühschriften durchzieht. Sie geht über die bloße Befreiung *von* der Arbeit, die freilich dazu gehört, hinaus. Es wäre zu wünschen, dass die Gewerkschaften und die SPD, das was in den 70er Jahren unter der Überschrift *Humanisierung der Arbeit* und in den 80ern in der Perspektive einer *arbeiterorientierten Zeitsouveränität* diskutiert wurde, bezogen auf die Bedingungen der postfordistischen und postindustriellen Arbeitswelt heute weiterentwickelten und dieses Feld nicht denen überlassen, die nur die Verwertungsinteressen des Kapitals im Auge haben. Neue kommunikations-, organisations- und produktionstechnische Verfahren eröffnen heute – jedenfalls im Prinzip - ungeahnte Möglichkeiten, die Arbeitswelt nach den Lebensansprüchen der Arbeitenden zu gestalten.

8. Wir stehen in der Mitte Europas an der Schwelle zu einer neuen Arbeitsgesellschaft, in der die Erwerbsarbeit gerechter verteilt und humaner gestaltet werden kann, in der sie aber insgesamt einen geringeren Teil der Lebenszeit einnimmt. Die Moderne, die bisher in imponierender Weise das menschliche Können gesteigert und damit den Raum der Handlungs- und Genussmöglichkeiten erweitert hat, ist jetzt an dem Punkt angelangt, wo die Frage in den Vordergrund tritt, was die Menschen mit ihren erweiterten Möglichkeiten anfangen sollen. Selektiver Konsum nach Maßgabe eines frei gewählten Selbstbildes und zivilgesellschaftliche Eigentätigkeit können bei weiterer Reduzierung der Erwerbsarbeitszeiten einen größeren Raum einnehmen, die Lasten der Familienarbeit können gerechter verteilt und der Eigenarbeit neue Chancen eröffnet werden.

Gleichzeitig treten durch die Krise der herkömmlichen Wachstumsstrategie Verteilungsfragen wieder in den Vordergrund. Eine Gesellschaft der reifen Moderne wird nur dann eine *humane* und *demokratische* Gesellschaft sein können, wenn sie die Arbeit und die Genussmöglichkeiten gerechter verteilt, wenn sie beide Ziele, die Befreiung *von der* Arbeit und die Befreiung *der* Arbeit verfolgt und die Räume der Selbsttätigkeit für alle erweitert.

Diskussionsbeiträge im Abschlussplenum (Moderation: Jörg Reitzig)

Alexander Schauenburg:

- EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – in ihr gab es eine andere Art von fordistischem Korporatismus, mit zwar subalternen, aber doch durchaus gewichtiger gewerkschaftlicher Mitbestimmung – insbesondere war die Forschung und Entwicklung für die gesamte Branche von der Konkurrenz der Einzelkapitalien entkoppelt. Insgesamt wurde daher auch die Schrumpfung der gesamten Branche als ein sozialverträglicher Prozess gestaltet – anders als in USA u. GB. Ist das heute noch ein realistischer Ansatzpunkt? Von standortbezogenen Rettungsversuchen (immer weitere Verschlechterungen), z. B.
- ARCELOR Mittal (??)

Hartmut Neuendorff:

- Grenzen der Rationalisierung / Kommodifizierung – z. B. bei Pflegearbeit zeigt sich die gebrauchswertliche Grenze von Arbeit in Erwerbsform
- Menge von Transaktionen über Tauschprozesse reduzieren.
- Radikale Re-Regionalisierung, Genossenschaftsbildung.

Peter Brödner:

- Wir stellen grundsätzlich veränderte Formen kapitalistischer Herrschaftsausübung fest.
- An die Stelle direkter von Personen ausgeübter Herrschaft durch Anweisungen und Kontrolle tritt heute - vor allem bei qualifizierter Wissensarbeit infolge ihrer hohen Ungewissheit - indirekte ‚Kontextsteuerung‘ durch den Markt. --> Unternehmerfreiheit für alle!
- Alle werden so dem nackten Kapitalismus unmittelbar ausgesetzt, als Personen dem Verwertungsgesetz ausgeliefert. Das ist allerdings kein Projekt der Beglückung, wie man an den vielen sich epidemisch ausbreitenden psychischen Erkrankungen ablesen kann.
- Hier stellt sich eine strategische Frage für die Gewerkschaften: Wie kann man diese große und wachsende Gruppe von Menschen gewinnen, wie ansprechen in ihrer neuen Situation als unmittelbar Unterworfenen unter den Verwertungszwang des Kapitalismus?
- Und weiter: Wie kann man Freiheit vom Verwertungszwang erreichen?

Pia Paust-Lassen:

- Zur Kommunikationsstrategie gehört auch, Überlegungen darüber mit einzubeziehen, wie Bilder in der Öffentlichkeit wirken (sollen). (zum Thema Huber bei der Kanzlerin).
- Für die Debatte ‚Arbeiterklasse als Projekt‘ ist auch unsere Debatte über das ‚Ganze der Arbeit‘ mit zu betrachten.
- Wie kann eine strategische Verknüpfung der fragmentierten Kämpfe begonnen werden?
- Wie sehen denn die Strategien der ‚Mosaik-Linken‘ aus?
- Werden durch gewerkschaftliches Organizing ‚neue Subjekte‘ angesprochen, die für eine Solidarisierung zu gewinnen wären?
- Wäre das der Beitrag der Gewerkschaften zur Mosaik-Linken? Ja, aber wie geht das konkret?
- Gegen ‚divide et impera‘! Können Abwehrkämpfe gebündelt werden und kann das gesellschaftliche Umfeld zur Unterstützung gewonnen werden? (Atom, Hartz-IV, Bonus-Zahlungen für HRE, Schuldenbremse, Abbau des öffentlichen Dienstes, etc.)
- Haben wir es mit veränderten Herrschaftsformen zu tun? –
- Freiheit der Unternehmer? – Was hat sich wirklich verändert? Analyse der Netze der herrschenden Klasse ist erforderlich, um Punkte ausfindig zu machen, wie dagegen gehalten werden kann.
- Produktive Unruhe erzeugen, auch durch konstruktive Kämpfe für ‚Gutes Leben‘, für die Freiheit zur Lebensgestaltung etc.

Dieter Scholz:

- Wir können einen ‚zertrümmerten Klassenbegriff‘ festhalten!
- Es ergibt sich eine große Spannweite an Aufgaben, die europäische Perspektive muss unbedingt mit einbezogen werden.
- Wie können wir ‚Solidarität‘ europäisch definieren?

Olivier Höbel:

- Ist Solidarität als besondere Form des Egoismus zu begreifen? Solidarität ist die intelligente Form des Egoismus.
- Wettbewerb und Solidarität sind als Grundtatsachen anzunehmen, aber es ist ein neuer Mechanismus (?) der Ansprache der Menschen erforderlich!
- Die Schwächen der Gewerkschaften müssen reflektiert werden, ebenso wie die Schwächen der Gesellschaft.

- Der ‚heimatlose Antikapitalismus‘ ist nicht auf die Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften zu projizieren, denn die sind keine sozialistische Ersatz-Organisation.
- 2003: Zu den Streikerfahrung im Osten: Gestaltungsfreiheit vs. Konsumfreiheit – war *das* Rezept zur Niederlage!
- Ad ‚Maschinensteuer‘ in der Frage der Instrumente sind wir weiter.
- Spitzensteuersatz beginnt die eigenen Leute zu treffen – schwierige Verständigung
- Es geht nicht ohne die kritische Frage nach der Staatsquote!

Johannes Geffers:

- Solidarität – Klassenkick oder Nebelkerze?
- Widerspruch von Arbeit und Kapital als Geschäftsgrundlage. Dessen Mediation als Geschäftsmodell, aber auch Rassismus funktioniert hervorragend.

Frieder O. Wolf:

- Wir sollten uns daran erinnern: Mit dem Epochenbruch aus dem Fordismus heraus in den Neoliberalismus, war rein zeitlich auch die Überwindung des Kalte-Kriegs-Systems verknüpft – also ein Stück Befreiung von der Weltkriegsgefahr, das allerdings dann in ‚Neue Kriege‘ und neue Militärstrategien eingemündet ist.
- Ein erneuter Epochenbruch, der die Frage der Überwindung der Kapitalherrschaft wieder stellbar machen könnte, wird sich nicht von selber einstellen.
- Eine Linke, welche nicht dazu in der Lage ist (oder es sich selbst geradezu per ‚Bilderverbot‘ untersagt), genauer anzugeben, welche Art von Vergesellschaftung die Kapitalherrschaft ablösen kann und die insbesondere nicht zu erklären vermag, wie sie – aus unterschiedlichen Kämpfen heraus - institutionelle Macht gegen Herrschaft entwickeln kann, wird jedenfalls eine derartige erneute Epochenwende nicht herbeiführen können.
- Beide Fragen sind heute in neuer Gestalt und mit neuer Dringlichkeit durch die Problematik der sog. Intersektionalität aufgeworfen:
- In den gegenwärtigen Kämpfen geht es nicht mehr allein um Klassenfragen, sondern durchaus eigenständig auch um Kämpfe gegen Rassismus und Exklusion, gegen Diskriminierung, gegen ausbeuterische und destruktive Verhältnisse zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden.
- Wir müssen durchaus die Klassenfrage in das nötige Zusammenspiel einbringen.

- Aber erst als ein ernsthaftes Zusammenspiel, das alle Beiträge/SpielerInnen voll zur Geltung bringt, wird es wirkliche politische Kraft entwickeln können – in den nötigen Abwehrkämpfen ebenso wie in Bezug auf den ‚tödlichen Pass‘, auf den wir immer noch hoffen können.

Jörg Reitzig:

- Beachtung und Hervorhebung von Migrationshintergründen vieler Beschäftigter, insbesondere im Niedriglohnsektor, ist wichtig!
- Die öffentliche Resonanz auf Sarazin zeigt die Verteilungskämpfe und Ängste auf, die überall vorhanden sind.
- Die Frage von Vollbeschäftigung war nie eine Aufgabe des Marktes.
- Verwandlung von teilbaren in unteilbare Konflikte, Umdefinition von Verteilungsfragen in ‚Wir --> Die – Fragen‘.
- These 3 von Strasser ergänzen: Nicht ohne AZV, aber auch nicht ohne Ausweitung des Öffentlichen Dienstes, was nicht primär durch den Markt zu lösen ist.

Hasko Hüning:

- Die Diagnose des Strategiedefizits der Gewerkschaften wird von vielen geteilt, wobei diese als fraktale, als entsolidarisierte Gewerkschaften erscheinen.
- Selbstverständlichkeit des Solidaritätsbegriffs muss neu angeeignet werden!
- Strassers Konzepte sind nicht eins zu eins in heutige Praxis übersetzbar, sind sie mit kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen vereinbar?
- Wie können diese Vorstellungen mit einem Solidaritätsprojekt verbunden werden?
- Eine große Spannbreite ist zu bearbeiten!

Vera Morgenstern:

- Real Hoffnung verbreiten! Stärker auf die Einzelnen gucken (Subjektivität).
- Es war eine entscheidende Wende in unserer Gewerkschaftspolitik (ad 35-St-Woche): individuelle Wünsche ernst zu nehmen (nach ähnlichem Scheitern wie IGM).
- Dann wird auch wieder Solidarität möglich. Es gilt also, das Thema Arbeitszeit differenziert aufgreifen – das ermöglicht stärkeren Zuspruch stärkere Mitarbeit.
- Arbeiterklasse ist als ein Projekt zu verstehen, das es immer wieder neu zu definieren gilt. Auch die Gewerkschaft ist nur ein Projekt in Bewegung. Dann gibt es den Nebeneffekt, dass mehr mitarbeiten, weil das in einem Projekt so ist, unfertig, und einladend zur Mitarbeit.

- Ad ‚Solidarität‘ – durch individuelle und offene Ansprache werden neue Möglichkeiten der Solidarisierung eröffnet. Auch dadurch, dass Menschen permanent zur Solidarität gegenüber anderen motiviert werden. Dieser Aspekt tauchte auf dem SPD-Parteitag auch in der Rede von Sigmar Gabriel auf „wir müssen uns verstärkt den ganz normalen Menschen zuwenden“. Nicht nur um Minderheiten kümmern, Mehrheiten müssen auch in ihren Wünschen Ernst genommen werden.

Helmut Martens:

- Die Klasse als in der Vergangenheit schon einmal weitgehend konstituierte Klasse „für sich“ ist ein Mythos – mehr oder weniger weitgehend realisierte Solidarität hingegen durchaus nicht.
- G. Thiens Ausführungen zu den Diskussionen der 1980er Jahre deckten sich mit meinen Erinnerungen. In meinen Arbeitszusammenhängen (an der sfs) sei die Klassenfrage zuletzt Mitte der 1980er ein ernstliches Thema gewesen – und dies eher im Sinne des Weber’schen Klassenbegriffs (Hinweis auf J. Rancière 2002, der von der Arbeiterklasse bei Marx spricht als von“ der Klasse, die keine ist.)
- Der Hinweis auf die „Stilfragen“, die auch zum Aufbau kommunikativer Macht gehören, finde ich richtig. Es gibt sicherlich Gründe, zu einem Essen bei der Kanzlerin zu gehen, aber es gäbe dann auch gute Gründe ein Essen z. B. mit Frankfurter Arbeitsloseninitiativen zu veranstalten.
- Die These des Epochenbruchs ist sicherlich komplex – und deshalb im Turnaround-Buch über 180 Seiten hinweg diskutiert. Es geht um Kontinuitäten und Brüche innerhalb der kapitalistischen Entwicklungen und u.a. darum, zu zeigen, dass es im Ergebnis von Umbrüchen keinen Weg zurück zum alten „Modell Deutschland“ gibt.
- Auch darum, dass man auf die neuen Herausforderungen nicht allein von den alten institutionellen Errungenschaften her denkend angemessen reagieren kann.
- Die Thesen von J. Strasser zeigen, dass man auch einen utopischen Gegenentwurf benötigt, der handfest wird, indem er Sinnfragen aus der Kritik des Selbstlaufs der herrschenden ökonomischen und politischen Verhältnisse heraus aufwirft. Das, was J. Strasser dargelegt hat, gäbe die Produktivkraftentfaltung der Arbeit heute her. Freiheit als aktive Tätigkeit, selbsttätig genutzte Arbeits- und Lebenszeit, Befreiung in und von der Arbeit.
- Da kann man im politischen Raum im übrigen auch Anknüpfungspunkte zu H. Arendts „vita activa“ finden – allerdings nur gegen ihren Arbeitsbegriff. Dann allerdings schon mit Bezug auf ihre Vorstellung von Politik als Raum der Freiheit –

für alle Bürgerinnen und Bürger, was Rückbezüge zu radikalen Demokraten bis hin zu Thomas Jefferson ermöglicht.

- Was man weiter diskutieren muss, sind die Wege hin zur Realisierung eines solchen utopischen Entwurfes. Heute ist da der Blick auf die Erfahrungen des „New Deal“ nützlich (Supplement zum Sozialismus 9/2010: Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft), aus dem heraus auch die Keynesianische Wirtschaftstheorie erwachsen ist, aber bitte der ganze Keynes: Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung von oben nach unten, Stärkung der Vor- und Fürsorge des Staates, Sozialisierung der Investitionspolitik.
- Zustimmung zu O. Höbel: Die Gewerkschaften sind keine sozialistische Ersatzorganisation. Aber sie sind ein ganz zentraler Akteur für die Durchsetzung der Demokratie im Kapitalismus (A. Markovits auf dem IGM Zukunftskongress 1988). Darum ginge es dann z.B. bei einer überfälligen neuen Debatte um die Demokratisierung der Wirtschaft – auch als Antwort auf die „postdemokratische“ Krise der Politik. Wenn man die Frage so angehe, ermögliche man sich auch historische Rückbezüge bis hin zu T. Jefferson als radikalem Demokraten (von dem die der Sympathien für den Sozialismus unverdächtige H. Arendt gesagt hat, nur er habe den Rätegedanken wirklich gedacht).

Kai Lindemann:

- Zuspitzung der Diskussion um Solidarität: Fokus auf das Individuum, nicht im Apparat produzieren und dann ‚ausliefern‘.
- Wir haben wenig über Ideologie gesprochen, Ansatz beim Individuum verweist auf Kritik und Analyse der verinnerlichten Ideologie.
- Hegemonial heute: Solidarität als charity – Spenden.
- Warum haben so viele Gewerkschaftsmitglieder FPD gewählt: „Leistung muss sich wieder lohnen“, Leistungsprinzip.
- Menschen bei ihren Gefühlen, ihren Herzen abholen.
- Wirtschaftsdemokratie aussichtsreich.
- Wir müssen schneller werden!

Johano Strasser:

- Formwandel der Herrschaft in Unternehmen und Betrieben erzeugt Stress durch die Strukturbedingungen, Selbstökonomisierungszwang.
- Klasseninteressen? – eher skeptisch
- Besser: Umwandlung von Klasseninteressen in Menschheitsinteressen!

- Herrschaftsklasse war immer nur überwindbar, wenn ihre Angehörigen den Glauben an sich selbst verloren hatten.
- Nicht allein Klassenantagonismus ansprechen, sondern **Unruhe stiften im Lager der Herrschenden!!**
- Solidarität – von oben oder Demokratisierung des Bewusstseins?
- Nicht idealistische die materielle Basis vergessen!
- Kultur der gleichen Freiheit ist nur auf hohem Niveau der Befriedigung von Grundbedürfnissen möglich.
- Dafür ist ein anderes Modell der Reichtumsproduktion als Grundlage erforderlich.
- Entlohnung ist nicht primär leistungsbezogen!
- Leistungsprinzip als Ideologie, ist leider in der Arbeiterklasse immer noch sehr verankert.
- Herrschaftsideologie erschüttern, nicht nur die eigenen Leute sammeln!

Dieter Scholz Schlusswort:

Aufgabe des Forums wird es sein, die umfangreiche Debatte so zu dokumentieren, dass ihre Grundstruktur festgehalten wird und die aufgeworfenen Fragen weiter bearbeitet werden können.

Inhaltlich scheint mir es im Hinblick auf unsere eigene Arbeit wichtig, den Begriff des Korporatismus einmal näher zu beleuchten. Man entkommt ihm in der gewerkschaftlichen Praxis nämlich nicht und was wäre die Alternative, mit der man den Widersprüchen und Grenzen des Korporatismus entkommt? Dies sei hier noch kurz zu Protokoll gegeben.

In der Diskussion ist für mich deutlich geworden, dass das Thema Zusammenhang, Solidarität zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, Milieus zur Konstituierung der Klasse „für sich“ wie schon immer von zentraler Bedeutung ist und dies wohl einen verallgemeinerbaren inhaltlichen Bezugspunkt haben muss, wie Johano's Vorschlag zur "Kultur der Arbeit".

Wir wollen diese Diskussion in Bezug zum Begriff der Neuen Wirtschaftsdemokratie führen, zu dem die nächste Jahrestagung stattfinden soll am 11./12. März im Haus des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg. Mit der Frage, was Neue Wirtschaftsdemokratie heißen kann, stellt sich natürlich auch die Frage, ob eine soziale Formation denkbar ist, die diesen Inhalt politisch trägt? Damit sind wir wieder bei der Debatte der letzten zwei Tage und ihre Weiterführung. Zum Schluss Dank an die ReferentInnen, alle TeilnehmerInnen, für alle Beiträge und unseren Gastgeber ver.di.

Die Dokumentation der vier Arbeitsgruppen sind jeweils in einer eigenen Datei verfügbar.